

Die Arbeiterzeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Schwere Nazi-Niederlage Bei den Beamten unten durch

Oldenburg, 21. Oktober.
(Eigener Bericht)
Das Ergebnis der Beamtentratswahl bei der Reichsbahn im Direktionsbereich Oldenburg brachte für die Nazis unter der glorreichen Führung ihres Landtagsabgeordneten Nutzhorn eine katastrophale Niederlage.
Von den 2500 gültigen Stimmen entfielen nur ganze 14 (vierzehn) auf die Liste der Nationalsozialisten gegenüber 184 bei der Wahl 1930.

Dieses Ergebnis wird die Herren der Braunen Häuser (es gibt deren allein drei in dem kleinen Oldenburg) etwas verblüfft haben. Das Resultat wird aber verständlich, wenn man die Stimmung in der letzten öffentlichen Versammlung des Deutschen Beamtensyndikats, die gegen den Abbau der Gehälter protestieren sollte, als Maßstab nimmt. Als bei der Rede des Nationalsozialisten Behrends einige Zwischenrufe gemacht wurden, wollte der Landtagsabgeordnete Nutzhorn die Namen dieser Beamten feststellen, um sie der Nazi-Regierung zu denunzieren. Die von beinahe 1000 Beamten besuchte Versammlung nahm nicht nur scharf Stellung gegen die Notverordnungen der Papenregierung, sondern beförderte diesen Nazi-M.d.L. im Tempo aus dem Saal.

Dieses Wahlergebnis ist für das ganze Reich von größter politischer Bedeutung. In Oldenburg herrschen seit Monaten die Nationalsozialisten unumschränkt. Mit ihrem Ministerpräsidenten Röver haben sie die Regierungsmacht allein in Händen. Es waren nicht zuletzt große Teile der Beamten, die sich von den demagogischen Parolen und Versprechungen der Nazis verleiten ließen und mit dazu beitrugen, daß sie zur Herrschaft gelangten.

Doch wenige Monate Macht- ausübung der Nazis genügten, um allen Beamten die Augen zu öffnen. Die Beamten mußten erkennen, daß sie von den Nazis schamlos beschwindelt wurden. Die Nazis, die vorher demagogisch nicht laut genug gegen den Lohn- und Gehaltsabbau der „System“-Regierungen wettern konnten, waren

jetzt die ersten, die rigoros die Gehälter der unteren Beamten abbauten.

Aber nicht nur das. Ein Hauptagitationsmittel der Nazis ist bekanntlich ihr Geschrei gegen die „Parteibuchbeamten“. Jetzt, seit die Nazis in Oldenburg an der Macht sind, herrscht ein

Parteibuchbeamtentum schlimmer denn je.

Jeder Beamte oder Angestellter des Staates oder der Kommunen, der nicht das NSDAP-Buch in der Tasche hat oder sich nicht widerstandslos dem Naziterror beugt, steht in Gefahr, seine Existenz zu verlieren. Auf der anderen Seite werden Nazi- und SA-Mitglieder, wenn sie auch noch so unfähig sind, aber sich als politische Rowdies „bewährt“ haben, in alle möglichen Staats- und Kommunalstellen gebracht, wenn nicht anders, so wenigstens als „Polizeihilfsbeamte“.

Schlimmstes Denunziantentum ist an der Tagesordnung.

Wehe dem Beamten oder Angestellten, der es wagt, gegen die Gehaltsabbau- oder sonstigen Maßnahmen der Naziregierung auch nur zu mucksen. Ein widerliches, ausgebautes Nazispitzelsystem sorgt dafür, daß es sofort „an geeigneter Stelle“ gemeldet wird. Entlassung oder brutale Schikanie ist die Folge.

Welche maßlose Empörung das alles bei den Beamten ausgelöst hat, zeigt nicht nur die Beamtentratswahl bei der Reichsbahn, sondern der in obiger Meldung geschilderte Vorfall in der Beamtensammlung des DBB.

Beamte, Angestellte und Arbeiter im ganzen Reich, lernt aus diesen Vorgängen, Oldenburg ist uns ein kleiner Vorgeschmack von dem, was nach Antritt einer Hitlerherrschaft in ganz Deutschland eintreten würde. Schon die wenigen Wochen oldenburgischer Naziherr-

schaft zeigen euch, was das „Dritte Reich“ in Wirklichkeit ist: Ein blutiges Terror- und Denunziantenregiment von unfähigen, brutalen Günstlingsnaturen zur Unterdrückung jeder freien Regierung in der ganzen Beamten-, Angestellten- und Arbeiterschaft. Löhne und Gehälter werden nur von den „Führern“ à la dem Denunzianten Behrends (MdL) bestimmt, d. h. willkürlich von oben herabgesetzt. Die Masse der Arbeitenden wird, wie in Italien, zum Sklaven und willenlosen und mit einem Hungerlohn abgespeisten Arbeitstier erniedrigt, Denunzianten Kriecher dagegen werden eingestellt und befördert.

Das, Arbeiter, Beamte und Angestellte, blüht euch unter einer Hitlerherrschaft, Oldenburg zeigt euch allen das sehr klar. Darum bei der bevorstehenden Wahl

keine Stimme dem schlimmsten Feind aller Arbeiter, Angestellten und Beamten, der Hitlerpartei!

Kämpft gemeinsam mit der SAP für die einheitliche Klassenfront aller Proletarier gegen Faschismus und Kapitalsdiktatur!

Prügelei im Wiener Nationalrat Der Bundeskanzler provoziert

Wien, 21. Oktober.
In der heutigen Sitzung des Nationalrats kam es zu schweren Zusammenstößen, die beinahe zu einer Schlacht im Sitzungssaal geführt hätten.

In der Antwortung der gestern eingebrachten dringlichen Interpellation der Sozialdemokraten sprach zuerst der Justizminister Dr. Schuschnigg, der die Verfassungsmäßigkeit der Notverordnung zu begründen suchte. Danach verteidigte Bundeskanzler Dr. Dollfuß den Staatssekretär Fey, den er einen „um den Schutz der Heimat hochverdienten Mann“ nannte. Darauf sprach Fey selbst, und unmittelbar nach seiner Rede kam es zu Sturmzügen, die in eine Prügelei ausarteten.

Aus den Reihen der Sozialdemokraten kamen bei Schluß der Rede Feys verschiedene Zwischenrufe. Der Abgeordnete Bauer sprang von seinem Sitz auf, ging auf den Bundeskanzler Dr. Dollfuß zu und rief: „Herr Bundeskanzler, das ist eine Schande!“ Dollfuß erwiderte: „Sie sind ein Bolschewik und haben sich zur Diktatur des Proletariats bekannt. Sie sind kein Demokrat!“ Nunmehr erhoben sich die Abgeordneten fast aller Parteien von ihren Sitzen. Die Christlichsozialen riefen Dr. Bauer zu: „Sie Saujud!“

Dr. Bauer sagte zum Bundeskanzler: „Sie fragen eine Woche den Hahnenschwanz, und in der anderen Woche sind Sie Demokrat. Ich habe vor jeder ehrlichen Ueberzeugung Achtung, aber ich verachte einen Gesinnungswechsel!“

Die Gegenrufe werden immer stürmischer. Plötzlich erhebt sich Bundeskanzler Dollfuß und ruff in den Saal: „Herr Präsident, der Abgeordnete Bauer hat mich einen perfiden Lumpen genannt!“ In diesem Augenblick springt der Abgeordnete Lichtenegger vom Heimblick auf,

ergreift zwei Tintenfüßler und schleudert sie gegen Dr. Bauer.

Die Tintenfüßler treffen nicht Bauer, sondern den Handelsminister Jakoncig, der im Gesicht über und über mit Tinte bespritzt wird. Die Abgeordneten gehen nun aufeinander los. Die Christlichsozialen drohen mit den Fäusten und schreien: „Saujuden! Hin aus mit den Saujuden!“ Einige Abgeordnete werden handgemein, und es scheint zu einer großen Prügelei zu kommen. Besonnene Abgeordnete stürzen sich jedoch zwischen die streifenden Parteien und trennen sie voneinander. Der Präsident erklärt hierauf die Sitzung für geschlossen und verfügt die Räumung des Saales.

Nach Schluß der Sitzung erklärte Abgeordneter Dr. Bauer den Journalisten, daß er den von Dollfuß erwähnten Ausdruck niemals gebraucht habe. Dollfuß dagegen bleibt dabei, daß Dr. Bauer gesagt habe: „Ein ehrlicher Bolschewik ist mir lieber als

ein Gesinnungslump wie Sie!“ Die Untersuchung in Sitzungssaal hat ergeben, daß ein Tintenfaß, das von Lichtenegger geschleudert wurde, an der Bank des Abgeordneten Bauer eine tiefe Furche hinterlassen hat. Der Abgeordnete Danneberg wurde von dem anderen Tintenfaß am Arm getroffen, auch die Abgeordnete Frau Popp wurde mit Tinte übergossen.

Es fand dann eine Obmännerkonferenz der Parteien statt, in der beschlossen wurde, Burgfrieden zu halten und es zu keiner Störung der Beratungen mehr kommen zu lassen. Der Präsident kündigte an, daß er Vorschläge auf Verschärfung der Geschäftsordnung einbringen werde. Nach 2½stündiger Unterbrechung wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Der Präsident gab seinem Bedauern über die Vorfälle Ausdruck und sprach dem Abgeordneten Lichtenegger die schärfste Mißbilligung aus. Hierauf wurde die Debatte über die Mißtrauensanträge fortgesetzt.

Mißtrauen und Parlamentsauflösung abgelehnt

Wien, 21. Oktober.
WTB. Der Nationalrat hat mit 83 Stimmen gegen 78 Stimmen der Sozialdemokraten und der Großdeutschen den Mißtrauensantrag abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag, den Wahltermin auf den 27. November festzusetzen, wurde ebenso abgelehnt. Dagegen wurde ein christlichsozialer Antrag, in dem die Regierung aufgefordert wird, zu Beginn der Frühjahrs- tagung 1933 einen Beschluß über den Wahltermin vorzulegen, mit den Stimmen der Mehrheitsparteien angenommen.

48000 Arbeitslose mehr

Berlin, 21. Oktober.
Wie die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung mitteilt, beträgt die Zahl der Arbeitslosen, die bei den Arbeitsämtern gemeldet sind, Mitte Oktober rund 5 150 000. Das sind 48 000 mehr als bei der letzten Zählung Ende September.

Der amtliche Bericht versucht mit allerlei „Erläuterungen“ und „Erklärungen“ diese erneute Zunahme der Arbeitslosenziffer auszuliegen und als „besser wie im Vorjahr“ darzustellen. In Wirklichkeit zeigt dieser Bericht — obwohl er an die 2 Millionen Arbeitslose gar nicht erfaßt — die ganze Hohlheit des angeblichen „Konjunkturaufschwungs“ der Papenpresse. Er zeigt auch, was es mit den immer hinausposaunten „Neueinstellungen“ auf sich hat.

Tatsache ist, das zeigt der Bericht, daß mehr Arbeiter entlassen als neu eingestellt werden. Silberstreifen!

Brief aus Belgien Von Van den Ende

Brüssel, 19. Oktober.

Zehn Tage schon sind seit den Gemeindevahlen vergangen, und immer noch jubelt die sozialdemokratische Presse „ob des gewaltigen Sieges, den die Arbeiterpartei am 9. Oktober errungen hat!“. Diesmal allerdings ist der Siegesjubel kein gemunter, nein, diesmal kommt er aus tiefer Seele. Denn die Partei- und Gewerkschaftsführer hatten — schuldbehaftet wie sie sind — mit einer katastrophalen Niederlage gerechnet, und nun erleben sie zu ihrer größten Ueberraschung einen Wahlerfolg, bei dem die Arbeiterpartei fast alle Stimmen wiedergewonnen hat, die sie im Jahre 1926 verloren hatte.

Allerdings kann man mit Freude feststellen, daß dieser anhaltende Siegestaumel nur in den höchsten Spitzen der Partei und der Gewerkschaften herrscht, während der größte Teil der Mitgliedschaft dem Wahlerfolg viel skeptischer gegenübersteht und sich mehr mit der Frage beschäftigt, wie man am wirksamsten den Lohnantritt abschlagen könnte, den das Unternehmertum für den nächsten Monat angesetzt hat.

Aber wie kommt es, daß die Arbeiterpartei, trotz der unqualifizierbaren Haltung ihrer Führer während der letzten Streik- kämpfe und trotz der unbeschreibbaren Tatsache, daß große Teile der Arbeiterschaft sich im Feuer des Kampfes vom Bankrott der „reformistischen“ Politik überzeugt haben, 300 000 Stimmen gewinnen konnte? Diese Frage kann man vielleicht am besten mit der Gegenfrage beantworten: Für welche Partei sollten sonst die Arbeiterstimmen, die gegen die Hunger- und Raubpolitik der Renkin-Regierung protestieren wollten? Für die kommunistische Partei? Nun, der überwiegende Teil der belgischen Arbeiter legt das größte Mißtrauen zu den paar Leutchen, die sich um Jacquemotte scharen und sich großspurig kommunistische Partei nennen. Außerdem besitzt die sogenannte kommunistische Partei Belgiens nicht die geringste Spur eines Kommunalprogramms, und so sehr mancher Besucher der kommunistischen Versammlungen der Kritik Jacquemottes und der Seinen an der allgemeinen „reformistischen“ Politik der Vandervelde und Delattre beipflichten mußte, so mußte es ihm doch Wunder nehmen, daß die Redner auf kommunalem Gebiet nichts zu sagen wußten. Und so stimmten auch revolutionär gesinnte Arbeiter für die Kandidaten der Partei, deren Führer kurz vorher das volle Maß ihrer Perfidie gaben. Ich stimmte für die Liste der RAP aus Mangel eines Besseren (faute de mieux), sagte mir ein Gewerkschaftsangehöriger, der seit Jahren gegen die feige Politik der Partei- und Gewerkschaftsführer ankämpft und Tausende von Arbeitern stimmten aus demselben Grund für diese Liste. Uebrigens hatten die Führer den Massen insofern Konzessionen gemacht, als sie in vielen Ortschaften, und ganz besonders im Hennegau, eine ganze Reihe von jüngeren Elementen kandidieren ließen, die dank ihrer revolutionären Gesinnung das Vertrauen der Arbeiter besitzen. Diese eben erwähnte Tatsache und das Fehlen einer wirklich revolutionären Partei, das sind die Ursachen, aus denen heraus der überwiegende Teil der belgischen Arbeiterklasse für die Arbeiterpartei stimmte, obwohl die letzten Streikkämpfe eine ungeahnte Radikalisierung der Arbeitermassen mit sich brachten.

Aber nicht nur die Vandervelde und Delattre jubeln „ob des gewaltigen Sieges“, auch Jacquemotte und die Seinen tun es. So verkündet die „Drapeau Rouge“ vom 15. Oktober in großen Lettern: „Die Gemeindevahlen vom 9. Oktober bedeuten einen Sieg für unsere Partei“. Allein während, wie wir schon sagten, der Siegesjubel der „reformistischen“ Führer diesmal echt ist, klingt das Siegesgeschrei der Leute um Jacquemotte äußerst gequält und höchst unecht.

Wie sollten sie auch wirklich jubeln können, die Leute um Jacquemotte? Haben sie doch vor den Wahlen überall verkündet, daß sie am 9. Oktober den „Sozialfaschisten“ schon zeigen würden, wer das Proletariat Belgiens vertritt. Und waren sie doch fest

überzeugt, daß die schmachvolle Haltung der „reformistischen“ Führer bei den Streik-kämpfen ihnen ganz methanisch unzählige „sozialistische“ Stimmen zuführen würde. Und nun mußten sie erleben, daß sie seit dem Jahre 1926, und trotz den günstigsten Bedingungen, nur ganz minimale Fortschritte machten und in manchen Orten wie Bunsel usw. sogar einen Rückschritt zu verzeichnen haben. Gewiß haben sie im Gesamtergebnisse etwa 35.000 Stimmen gewonnen (168.000 im Jahre 1926; 103.000 im Jahre 1932). Wenn man aber bedenkt, daß sie im Jahre 1926 nur in 63 Ortschaften vertrieben waren, während sie diesmal in 120 Ortschaften Listen aufstellten, so kann man das ihnen besten Willen nicht als Sieg betrachten.

Wäre die KPD eine wirklich revolutionäre Partei, dann hätte sie, anstatt sich durch Siegesgeschrei lächerlich zu machen, die Frage aufgeworfen, wie es komme, daß es ihnen trotz Weltkrise und Kriegsgefahr, trotz der Verschärfung der inneren Lage Belgiens und trotz der Tatsache, daß die Arbeiter erst vor kurzem einen neuen Beweis des „reformistischen“ Verrats gehabt haben, nicht im geringsten gelungen ist, Brieschen in die „reformistische“ Festung zu schlagen. Aber die KPD ist eben keine revolutionäre Partei, und trotz allem Gefasel über Selbstkritik sind die Jacquemotte gezwungen, nach außen hin zu jubeln, während sie im Inneren denken: „Teufel, wir waren diesmal in mehr als doppelt soviel Ortschaften vertreten als im Jahre 1926 und dennoch haben wir kaum 35.000 Stimmen mehr bekommen. C'est peu, c'est bien peu — das ist wenig, wirklich wenig.“

Mit welcher Geringschätzung, in Verachtung selbst „reformistische“ Führer der belgischen Arbeiterpartei über die deutsche Sozialdemokratie urteilen, davon zeugt ein Artikel des bekannten Rechtssozialisten A. Dewinne, dem wir folgende Stelle entnehmen.

„Nehmen wir Preußen. Die Sozialdemokraten regierten dort gemeinsam mit dem Zentrum. Sie verfügten über die Polizei, die allein in Berlin 30.000 Schupos zählte. Aber es genügte, daß von Papen ihnen einen Feldwebel mit vier Mann schickte, damit die sozialdemokratischen Minister den Agenten der Militärdiktatur den Platz räumten. Gewiß protestierten sie und schrien „Es lebe die Republik!“, aber sie dankten dennoch ab.“

„Mein lieber Freund“, sagte mir ein hervorragender Sozialist*, dem ich dies mit bitterem Gefühl sagte, „die deutschen Sozialdemokraten sind nicht revolutionär. Erinnere dich, daß sie sich einstmals das allgemeine Wahlrecht rauben ließen, ohne auch nur eine Scheibe einzuschlagen.“ (People, 13. 10., Leitartikel.)

Es gab Zeiten, da sah man in der deutschen Sozialdemokratie „den Stolz jedes Sozialisten und den Schrecken der herrschenden Klassen in allen Ländern“, das „Jewel der Organisation des klassenbewußten Proletariats“. Heute aber! Heute sprechen selbst die eingetragenen Reformisten der II. Internationale mit Verachtung über sie. Welch beispielloser Fall!

* Dieser „hervorragende Sozialist“ ist höchstwahrscheinlich Vandervelde, Vorsitzender der II. Internationale.

Folgen des Unterstützungsraubes

(Eigene Meldung der SAZ.)

Welm, 21. Oktober.
Im Juli dieses Jahres hatte der Weimarer Stadtvorstand die kärglichen Unterstützungssätze der Wohlfahrtsverbände übermäßig gekürzt. Eine ungeheure Empörung bemächtigte sich der Erwerbslosen und der Erwerbslosenausschuß versuchte mit der Stadtverwaltung zu verhandeln, um diese Maßnahme rückgängig zu machen. Da der Oberbürgermeister im Rathaus nicht anwesend war, wollte der Ausschuß ihn in seiner Wohnung aufsuchen. Eine große Anzahl Erwerbsloser begleitete die Vertreter und es kam vor dem Hause des Oberbürgermeisters, der eben seine Wohnung verlassen hatte, zu einem Zusammenstoß, als der Oberbürgermeister es ablehnte, sofort zu verhandeln und den Ausschuß für den nächsten Tag in das Rathaus bestellte. Dann zog die Menge nach dem Wohlfahrtsamt und riß unterwegs bei der Nazibuchhandlung die Hakenkreuzfahne herunter. Auf dem Wohlfahrtsamt kam es zu einem neuen Zusammenstoß, wobei eine Türfüllung eingetreten wurde.

Die Polizei suchte fieberhaft nach Schuldigen und verwandte dabei das Versprechen einer saghaften Belohnung, und leider hatte sie dabei Erfolg. 40 Zeugen, darunter die Polizeibeamten, marschierten gegen 22 Angeklagte auf. Eine schwere Schuld für die Vorgänge trifft den Oberbürgermeister und den Beigeordneten Prox, „zwei einstmals Arbeiter, der es fertig brachte, vor Gericht die Unterstützungskürzung als gerechtfertigt zu erklären! Ein echter SPD-Mann in „gehobener“ Stelle! Diese Leute haben jedes Empfinden für die Not der Proletariat, welche sie in diese Posten gesandt haben, verloren. Die Klatschsucht vieler Arbeiterfrauen belastete eine der neun angeklagten Frauen sehr und eine Entlastungszeugin wurde sofort wegen Meindidsverdacht in Haft genommen.

Das Urteil lautete für drei Angeklagte je ein Jahr und für einen Angeklagten neun Monate Gefängnis. Frau Rauc, Fahrig und Härtel sowie drei weitere Angeklagte je sechs Monate Gefängnis. Zwölf Angeklagte wurden freigesprochen.

Papen, Schleicher und die Nationalsozialisten

Was wird nach dem 6. November?

Drei hervorragende Mitglieder der Reichsregierung sind auf mehrere Wochen in Urlaub gegangen: Reichswehrminister Schleicher, Reichsfinanzminister Graf Schwerin und Reichswirtschaftsminister Warmbold. Diese plötzlichen Urlaube sind in einer Zeit politischer Hochspannung und innerlich auffallend, und es ist daher nicht erstaunlich, daß in gut unterrichteten Kreisen politische Ursachen dafür genannt werden.

Es wird geglaubt, daß die Gegensätze innerhalb des Kabinetts immer schärfer

würden. Es geht dabei um den sogenannten Geier-Plan zur Arbeitsbeschaffung, um das Kontingentierungsproblem und um einige andere Fragen, und bei all diesen unangenehmen Problemen hat man sich dahin geeinigt, alles bis nach den Wahlen zu verschieben. Auch die Ablehnung der Vermächtniskonferenz in Genf soll sich so erklären. Die Regierung Papen will auch diese außenpolitischen Entscheidungen bis nach den Wahlen vertagen.

Diese Verschiebung all dieser an sich dringlichen Angelegenheiten soll in der Hauptsache auf die sachlichen und persönlichen Differenzen im Reichskabinet zurückzuführen sein. Persönlich soll vor allem

zwischen dem Reichskanzler und dem Reichswehrminister eine starke Spannung

herrschen, da Schleicher seinerzeit für eine Reichskanzlerschaft Hitlers eingetreten ist und diese Pläne offenbar auch heute noch nicht aufgegeben hat. Der Reichskanzler soll, je mehr er sich von Schleicher zurückzieht, um so stärker den General v. Stülpnagel, den Leiter des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung, als seinen politischen Vertrauensmann heranziehen.

Wir geben diese Informationen, die sich in verschiedenen linksdemokratischen Blättern finden, nur mit Vorbehalt wieder. Immerhin

scheint uns wahrscheinlich, daß Schleicher besonderes Interesse daran hat, die Verbindung zu den Nationalsozialisten aufrecht zu erhalten. In diesem Zusammenhang ist auch bemerkenswert, daß Graf Kowentlow einem Berichterstatter der Pariser Zeitung „Republique“ erklärte, die Nationalsozialisten „hätten für General Schleicher sehr viel Sympathien, weil er tüchtig und sich der Gefahren bewußt sei, die Deutschland laufe“.

Im übrigen dürfte aber die ganze Regierung und insbesondere auch der Reichskanzler v. Papen das Ziel verfolgen,

nach den Reichstagswahlen zu einem erträglichen Verhältnis, wenn möglich zu einem Bündnis mit den Nationalsozialisten zu kommen.

An diesem Bestreben, das in der rechtsbürgerlichen Presse ganz unverhüllt zum Ausdruck kommt, wird auch nichts geändert, wenn die Regierung jetzt im Wahlkampf hin und wieder schärfere Töne gegen die Nationalsozialisten anschlägt, wie es soeben in einer offiziellen Regierungserklärung geschieht, in der Hitler vorgeworfen wird, er habe mit Behauptungen über ein Aufrüstungsprogramm der Regierung „das Interesse des deutschen Volkes auf das schwerste geschädigt“. Das sind so Wahlkampfblüten, die rasch genug in Vergessenheit geraten werden. Und wahrscheinlich hat der Reichstagsabgeordnete Raach von der Bayerischen Volkspartei durchaus recht, wenn er gestern in einer Wahlversammlung seiner Partei erklärte,

daß auch neuerdings die Fäden zwischen der Reichskanzlei und dem Braunes Haus schon wieder geknüpft würden.

Die Arbeiterschaft muß die Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze im Lager der Reaktion aufmerksam verfolgen, aber nicht minder auch die starken Tendenzen beachten, die über diese Meinungsverschiedenheiten hinweg zu einem Zusammenschluß aller reaktionären Gruppen gegen die Arbeiterklasse gelangen wollen.

Parlamentarischer Schwindel oder Massenkampf?

Durch ein bürgerliches Nachrichten-Büro wird die Meldung verbreitet, der Sozialdemokrat Professor Erik Nölting habe in Kiel in einer sozialdemokratischen Versammlung „umfangreiche Sozialisierungsanträge der SPD“ angekündigt. „Für diese Anträge werde man eine Volksbewegung schaffen, der keine Regierung gewachsen sei.“

Die Botschaft hört sich wohl, allein mir fehlt der Glaube! Immer wieder muß man bei solchen großen Worten der SPD mit Bitterkeit daran denken, daß die Sozialdemokratie in den Jahren, in denen der Kampf für die Sozialisierung möglich gewesen wäre, nichts für die Sozialisierung, aber sehr vieles gegen sie getan hat. Jetzt, angesichts der Radikalisierung der Massen und weil man sich nun einmal im Wahlkampf befindet, werden Sozialisierungsanträge am laufenden Band fabriziert.

Professor Nölting hat von einer Volksbewegung gesprochen, die „geschaffen“ werden soll. Vorläufig sieht man nur parlamentarische Anträge der SPD. Diese haben aber einen Sinn für die Arbeiterklasse lediglich dann, wenn sie den Anstoß geben zu außerparlamentarischen Massenkämpfen auf breiter Front. Von den Vorbereitungen hierzu ist bisher weder bei der SPD noch bei den freien Gewerkschaften etwas zu merken. Unsere Aufgabe wird es sein, in den Betrieben, an den Stempelstellen und vor allem in den proletarischen Massenorganisationen (in erster Linie in den Gewerkschaften) alle Kraft dafür einzusetzen, daß wirklich die Massen des Proletariats für den Kampf um den Sozialismus in Bewegung

kommen. Dieser Kampf würde allerdings ganz andere Formen annehmen und zu ganz anderen Zielen führen, als es die SPD-Führung sich wünscht.

Zahlen des Elends Die Finanznot Deutscher Städte

Eine Gegenüberstellung der gesamten Steuereinnahmen und Wohlfahrtsausgaben in 35 westdeutschen Städten und ihr Vergleich zu den gleichen Zahlen aus dem Jahre 1913 eröffnet einen Einblick in die heutige Finanznot unserer Städte. Bei den nachfolgenden Zahlen berücksichtigt man, daß in den Jahren 1913 und 1931 die Abschlußzahlen zu Grunde gelegt sind, während die Zahlen aus dem Jahre 1932 durch die Verdoppelung der ersten Halbjahreszahlen erreicht wurden.

Rechnungsjahr	Gesamteinnahmen	Zuschuß für Wohlfahrt
	in RM	in %
1913	243 176 522	35 398 647 14,6
1931	627 263 005	449 546 108 71,7
1932	510 566 700	491 761 000 96,3

Das Verhältnis der Wohlfahrtslasten bewegt sich im Einzelnen zu den Steuereinnahmen für 1913 zwischen 4,6 v. H. und 22,4 v. H.; für 1931 zwischen 44 v. H. und 115,7 v. H. und für 1932 zwischen 61,5 v. H. und 171,3 v. H. im letzteren Fall können also nur noch 60 v. H. der Wohlfahrtslasten aus den Steuereinnahmen gezahlt werden, während im Durchschnitt die Steuereinnahmen eben noch zur Deckung der Wohlfahrtslasten ausreichen und alle anderen Ausgaben unterbleiben müssen.

1000 % Negersteuer — im Nazi-Oldenburg!

(Eigene Meldung der SAZ.)

Oldenburg, 21. Oktober.
Es gab einmal eine „Nationalsozialistische Arbeiter-Partei“, die den Oberbürgermeister Goerlitz wegen seiner Neger- und Tributensteuern beseitigen wollten. Der Bund ist nun geschlossen, obwohl es ein Jude ist. Es gibt jetzt aber eine Nazi-Deutschnationale Stadtratsmehrheit, die die Sätze der Negersteuer von 400 auf 1000 Prozent heraufsetzt. Ob die Arbeiter, die heute noch der NSDAP angehören, nicht bald merken, was für eine Büttelrolle ihrer Partei zukommt?

Gömbös unterdrückt Kritik

Budapest, 21. Oktober.
Das sozialdemokratische Organ Napaszava ist wegen mehrerer Artikel gegen die herrschende Gesellschaftsordnung sowie wegen Beleidigungen des mit Ungarn in landschaftlichen Beziehungen stehenden Italien auf acht Tage verboten worden.

Wie Ministerpräsident Gömbös zu dem Verbot erklärte, dürfe man von den Freiheitsrechten, also auch von der Pressefreiheit, nur bis zur Grenze der Nichtgefährdung nationaler Interessen Gebrauch machen.

Budapest, 21. Oktober.
Das heute erfolgte Verbot des sozialdemokratischen Hauptorgans „Nepaszava“ auf acht Tage Dauer, wegen eines Artikels, der scharf gegen Mussolini und den Faschismus Stellung nimmt, führte heute vormittag in allen Druckerien Ungarns zu einem Proteststreik von fünf Minuten Dauer.

Ende des Weser-Streiks?

WTB. Die Oberweser Schiffer haben heute nachmittag sämtlich die Arbeit wieder aufgenommen, trotzdem der kommunistische Terror (!) weiter fortgesetzt worden war.

Wir bringen diese Meldung unter Vorbehalt. Sollte sie der Wahrheit entsprechen, so würde das nur beweisen, daß durch das von uns schon in der „SAZ“ kritisierte Verhalten der Gesamtverbandsleitung zu einem für die Arbeiter sehr bedauerlichen Ende des Kampfes geführt hat.

Zum Thema Arbeitersport und Reichstagswahl

Die in der vorletzten Nummer der Arbeiter-Turn- und Sportzeitung bezogene Wahlpropaganda der SPD wird in der Nummer vom 19. d. Mts. von dem Hauptschriftleiter Kreuzburg im Spitzenartikel fortgesetzt. Er betitelt seinen Aufsatz: „Wir und die Reichstagswahl am 6. November 1932“ und kommt zu dem Schluß, daß die Parole aller Arbeitersportler für den 6. November bleiben mußte: „Alle Stimmen für die einzige eheliche Partei der Hand- und Kopfarbeiter — die Sozialdemokratie — Liste 2.“ Begründet wird diese Aufforderung damit, daß „der Bestand der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung von dem Bestand der sozialistischen Arbeiterbewegung abhängt.“ Dieser Feststellung in der dort getroffenen Form können wir uns ohne weiteres anschließen, nur begehrt Kreuzburg den Fehler, daß er die sozialistische Arbeiterbewegung gleich setzt mit der Sozialdemokratie.

Gerade der in derselben Nummer abgedruckte Bericht von der 11. Sitzung des Bundesvorstandes am 15. d. Mts. in Leipzig sollte Kreuzburg beweisen, daß der Bestand der sozialistischen Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit nur dadurch gesichert wird, durch den kompromißlosen außerparlamentarischen Kampf unter Führung einer revolutionären Partei. Heberall zeigen sich ja die Wirkungen der Krise. Denn die Finanzlage des Arbeiter-Turnverbandes zeigt einen Umsatzrückgang, sodaß die Geschäftsleitung zur Einführung von Kurzarbeit von 4 bzw. 5 Tagen pro Woche gezwungen wird. Außerdem ist in dieser Bundes-Vorstandssitzung festgestellt worden, daß die Beiträge zurückgegangen sind und daß die nächste Sitzung sich mit einer Neuordnung der Beitragsform zu befassen habe. Die Auswirkung der Krise zeigt sich auch in der Einschränkung der Lehrgänge und der Teilnehmerzahl auf der Bundesschule in Leipzig.

Die Politik der Sozialdemokratie weist nicht über den Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hinaus und deshalb ist von den Ergebnissen dieser Politik auch keine Besserung für die Lage des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, die sich aus der Krise ergibt, zu erwarten. Im Gegenteil: die enge politische Verbindung bedeutet eine Schwächung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Denn der Reformismus, der sich in der Sozialdemokratie verkörpert, ist geschichtlich überwunden, und deshalb müssen wir als SAP-Mitglieder gegen diese Schlepptau-Politik der Bundesleitung Front machen. Aufgabe der Bundesleitung wäre es, die Mitglieder aufzufordern, einer sozialistischen Partei ihre Stimme am 6. November zu geben, nicht aber den Mitgliedern zuzumuten, trotz des offensichtlichen Bankrotts der SPD-Politik für diese Partei zu stimmen. Der Arbeiter-Turn- und Sportbund ist seinem Wesen nach eine proletarische Klassenorganisation und darf nicht zu einer Filiale irgend einer Partei degradiert werden. Hegla

2 Jahre Zuchthaus für Streik

Emden, 21. Oktober.

WTB. Vom hiesigen Schöffengericht wurde der Trimmer Lieder als Iner der Rädelführer (!) der Streikbewegung, die im Oktober vorigen Jahres an Bord Emdener Dampfer in russischen Häfen ausbrach, zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Staatsanwalt hatte vier Jahre Zuchthaus (!) beantragt. Lieder hatte zur Besetzung des Dampfers „Konsul Schulte“ gehört, war später desertiert und im August d. J. in Lübeck verhaftet worden.

Dieses Urteil ist von bestialischer Grausamkeit. Der Trimmer Lieder und die seinerzeit mit ihm streikenden Seeleute haben nichts anderes getan, als für eine menschenwürdige Entlohnung und Behandlung gekämpft. Doch sie gerieten dabei in Konflikt mit der Zuchthaus-Seemanns-„Ordnung“. Die Arbeiterklasse muß hieraus lernen, mit derselben Rücksichtslosigkeit und mit demselben unerbittlichen Haß wie ihre Klassengegenner ihre Klasseninteressen zu vertreten.

Die Regierungsbildung in Belgien

CNB. Der 73 Jahre alte Senator de Broqueville, der sich seit zwei Tagen um das Zustandekommen einer neuen Regierung bemüht, hat heute abend den Auftrag der Kabinettsbildung vom König angenommen. Er hofft, morgen vormittag dem König die fertige Ministerliste vorlegen zu können.

Das Ministerium hat den ungenutzten Auftrag, die Kammer aufzulösen und einen Plan zur Sanierung der staatlichen Finanzen auszuarbeiten. Für den Posten des Finanzministers soll Francqui gewonnen werden. Der Finanzplan des Kabinetts wird in der Verminderung neuer Steuern und in der weiteren Beschneidung des Anleiheweges bestehen. Das Kriegsministerium soll der ehemalige Ministerpräsident Theunis übernehmen.

Die Sozialisten sagen dem Kabinet einen verschärften Kampf an.

Tschechoslowakisches Kabinet zurückgetreten

WTB. Ministerpräsident Udrzal hat heute dem Ministerrat über die Gründe, die ihn zum Rücktritt zwingen, Bericht erstattet. Der Ministerrat beschloß daraufhin, dem Präsidenten der Republik die Gesamtmmission des Kabinetts zu unterbreiten.

Brief aus der Stadt der Pfeffersäcke!

Hamburg, 21. Oktober.

Liebe „SAZ“!

Hamburg ist herlichigt wegen seines Schmuddelwetters: Regen, Sturm und Nebel, auf 1 Tag Sonnenschein folgen 30 Tage Gegenteil. So ähnlich sieht's auch hier in Wirtschaft und Politik aus. Noch immer kosten hunderte von Schiffen, an den Pfählen, stempeln 15.000 arbeitslose Seeleute zweimal wöchentlich, werden 75.000 Parteien von der Wohlfahrt unterstützt. Tausende von Hafenarbeitern gehen täglich gewohnheitsmäßig zum Ausgucken — und nichts geschieht, außer, daß der Senat die Starke Bürgersteuer „verordnet“, daß die Hoch- und Straßenbahnen wieder fahren, wenn auch das Personal im Stillen die Pfüste halt und auf Direktion, Gewerkschaft und Betriebsrat schimpft; oder daß die SPD nachmittags Riesenversammlungen für Erwerbslose abhält mit bewährter Diskussions-Abwitzer-Regie, während sich Lenin's geknigt, KP- und SP-Proleten ihre Argumente mit dem Stuhlbein beifügen, oder die Hakenkreuzler ab und zu einen Roten „erledigen“, wobei ich leider feststellen muß, daß sich in letzter Zeit die Uebelstände auf Arbeiter direkt in Proleten-vertreten zu früher Abendstunde mehren, trotz Massenelbstschutz, Kampfbund und Elbener Front. Herr Schönfelder aber, der auf dem Rücken der Baugewerkschaftler emporgestiegen SP-Polizeisenator, verbietet kürzlich eine KP-Kundgebung mit dem Titel: 15 Jahre Rote Armer, veranstaltet von den Freunden der Sowjetunion. Grund: wahrscheinlich sei der RPB gemeint! Das nennt man dann: Kampf gegen Faschismus! Aber die Hochbahn fährt wieder und die Aktionäre berechnen die Auswirkung der 5 Prozent Lohnkürzung, die Aktien aber gehören in ihrer Mehrheit dem Hamburger Staat, der zu 50 Prozent mitregiert wird von der Sozialdemokratie.

Zu berichten wäre von einer Reichsbanner-Konferenz mit „Wehrsportveranstaltung“ am letzten Sonntag, auf der Höltermann die Parole ausgab: Wehrpflicht für die Freiheit. (Wessen Freiheit meint er?) Das „Hamburger Echo“ (SP) schweigt beim Bericht in militaristischer Ekstase; Höltermann fühlte sich scheinbar ganz als General und das „Echo“ meldet: Während das Korps und die RB-Kapelle 15 Märsche intonierten, schritt B.F. Höltermann die Front ab! Kommentar: Nationalistisches Wehrsporttüren: Ach bitte, Herr General Stülppnagel, dürfen wir auch mit ran?

Uebrigens hat die SP im Wahlkreis Hamburg ja eine Umstellung ihrer Liste vorgenommen. Größtenteils, gegen den schon immer starke Opposition bestand, ist geköpft und ein neuer Mann wird dem Volke als der Retter aus dem Elend angepriesen, nämlich Dr. Hans Staudinger, weiland zum Teufel gejagter Staatssekretär des preußischen Handelsministeriums und Aufsichtsratsvorsitzender der preußischen Staatsbetriebe. Die Sozialdemokratie propagiert diesen der Gewalt zugewandenen „Arbeiterführer“ auf neue zugkräftige Art, ich zitiere aus einem Flugblatt wörtlich: „Einer der entscheidenden Männer für den Neubau der deutschen Wirtschaft — energischer Mann —, der erfolgreiche Organisator; der Mann, der Riesenbetriebe ohne Arbeiterentlassungen leitete — der sozialistische Wirtschaftsführer — er zeigt den neuen Weg, nämlich staatliche Einflußnahme auf die Banken und großen Schlüsselindustrien zum Ziel organischer Zusammenfassung usw.“ Ist das nun Führerkult, Einfangen-Tamam für Bürgerliche oder schon weise Einordnung in das neue künftige Wahl-

Jeder Genosse, jede Genossin wirbt einen Abonnenten für unsere SAZ

Der Kaiser ging, die Generale blieben

76) Ein deutscher Roman
Von THEODOR PLIVIER
Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 59
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Mitten in dem schreienden Knäuel steht ein Mann, der alles verspricht: Weiterzahlung der Löhnung, besseres Brot, doppelte Rationen Kunstthong, wöchentlich zweimal Butter und dreimal Wurst, sofortige Entlassung mit gleichzeitiger Ueberweisung von Entlassungsgeldern.

„Der Küchenunteroffizier kriegt die Gelder auch?“

„Nein, der natürlich nicht. Der Fall wird erst geprüft. Jeder, der sich auf Kosten der Mannschaft bereichert hat, wird rücksichtslos bestraft, das ist doch ganz klar. Auch Leutnant Schneider wird zur Rechenschaft gezogen. Die Zeiten, in denen man auf der Mannschaft herumreiten konnte, sind ein für allemal vorbei. Aber die Hauptsache, Kameraden, die Hauptsache ist Einigkeit! Beide sozialistische Parteien müssen zusammen gehen und eine gemeinsame Regierung bilden. Parität — da ohne kein Friedel Parität — da ohne kein Brot!“

Der Abgeordnete im Soldatenrock pakt den Begriff politischer Einigkeit solange in die harten Bauernschädel der Soldaten, bis er ihnen geläufig geworden ist und als die Lösung aller Probleme erscheint.

„Is doch ganz klar — Parität!“
„Da gib's doch gar nichts anderes!“

system, in dem Parteilisten verschwinden sollen und der „Mann“ gewählt wird! Im selben Flugblatt sagt Staudinger in einem Artikel selbst: „Wir weisen den Weg: Auf dem Boden der Demokratie zur Sozialisierung!“ Als ich das las, war ich heiß über den neuen Kurs, und der alte Seemannsding ging mir durch den Kopf: „It's a long way! Ob die Brüder überhaupt nochmal was lernen?“

Von der kommunistischen Front ist wenig zu vermeiden: die alte ultralinke Maulheldenpolitik, absolute Aktionsunfähigkeit, die Linie herrscht überall — vorheerend und die reformistischen Kapitalisverwalter stärkend.

Als letztes muß ich noch ein von der Hapag auf einem im Hafen liegenden Passagierdampfer veranstaltetes Wohltätigkeitsfest erwähnen, das am Sonnabend zum Sonntag mit dem Silberstrelchentitel: „Krisenwendfeier“ stattfand. Viel Hokus-Pokus wurde getrieben, „launige, optimistische“ Reden gehalten und als Clou ein Riesen-Ungeheuer, nämlich die Kriese, zum Tode verurteilt durch Ersaufen und auch gleich in die Elbe geworfen, „allwo es mit Geknall und Gestank zerplatzte.“ Ihr seht, wie die bürgerliche Gesellschaft sich über ihre eigenen Zufallserscheinungen lustig macht, sich dabei mit dem Mäntelchen der Wohltätigkeit umgibt und nicht, daß sie selbst reif ist für dieses Urteil.

Im nächsten Brief will ich Euch einen neuen Selbsthilfe-Rummel für die Erwerbslosen, den die SP propagiert, schildern, einiges aus den Genossenschaftsbetrieben und was sonst inzwischen vorfällt.

Euer
Kampfbereiter Edje von de Woterkant.

15 Arbeiterinnen getötet Eine furchtbare Einsturzkatastrophe

Konstanz, 21. Oktober.

In den Anlagen der Kühlhaus A.-G. in St. Margrethen, der Grenzstation an der österreichisch-schweizerischen Grenze, hat sich ein furchtbares Einsturzereignis ereignet, das bisher 15 Tote und 40 Schwerverletzte forderte. In einem Speicher waren auf dem Dachboden große Mengen von Futtermitteln



gelagert worden, und infolge der Ueberlastung stürzte plötzlich die Decke ein und begrub eine große Zahl von Arbeiterinnen unter den Trümmern.

Wie sich herausgestellt hat, handelt es sich bei den Toten durchweg um Arbeiterinnen, Frauen und Mädchen. Die Verletzten, die meistens schwere Knochenbrüche und Quetschungen davongetragen haben, fanden Aufnahme in den Krankenhäusern der Umgegend.

Genossen macht's nach! Wie agitiert und Geld zum Wahlkampf geschaffen wird

J. W. Wahlen sind zu einer so kostspieligen Angelegenheit geworden, daß schon aus diesem Grunde die großen finanzkräftigen Parteien das Feld beherrschen. Eine so junge Partei wie die SAP, deren Mitglieder größtenteils arbeitslos sind, die nicht wie andere Parteien über zahlungsfähige Gönner verfügt und deren Mittel durch frühere Wahlkämpfe mehr als erschöpft sind, kann selbstverständlich in ihrer Propaganda keineswegs mit den großen Parteien konkurrieren. Diese Tatsache ist aber noch kein Grund, um die Flügel hängen zu lassen. Was auch unter den heutigen schwierigen Verhältnissen kleine Ortsgruppen zu leisten imstande sind, wenn sie die Sache am richtigen Ende anpacken, sei an folgenden drei Beispielen gezeigt:

In Lüneburg

soll eine SAP-Ortsgruppe erst noch gegründet werden. Dort gibt's nur eine 21 Mitglieder starke SJV-Gruppe. Als der Leitung der Gruppe bekannt geworden war, daß in Berlin eine Agitationsbroschüre „Was will die SAP“ erscheint, die die vom Parteitag beschlossene Prinzipienklärung enthält und außerdem klarlegt, warum die Sozialistische Arbeiterpartei gegründet werden mußte, da überlegten sich die Genossen, wie sie das Geld für die ersten 250 Exemplare aufreiben können. Sie kamen zu dem Schluß, daß die erforderlichen 15 Mark bei den noch zahlungsfähigen Genossen zusammengepumpt werden müssen. Zwölf Stunden später ging der Betrag nach Berlin. Binnen einer Woche haben die Genossen 250 Exemplare verteilt. 10 Mark zurückgezahlt und mit den verbleibenden 15 Mark eine zweite Sendung von 250 Exemplaren bestellt.

In Wesel hat unsere Ortsgruppe eine öffentliche Wahlversammlung veranstaltet. Das war mit sehr hohen Unkosten verknüpft. 30 Mark Saalrente, 6 Mark Handzettel, 12 Mark Fahrgehalt und Spesen für den Referenten. Unsere sehr rührigen und findigen Weseler Genossen haben es aber fertiggebracht, aus der Versammlung noch einen kleinen Überschuf herauszuwirtschaften. Wie sie das gemacht haben? Sehr einfach: jeder Genosse wurde verpflichtet, mindestens 10 Karten à 10 Pfg. im Vorverkauf abzusetzen. Die Schutzbundgenossen wetteiferten miteinander im Kartenvorverkauf. Das bedeutet nicht nur eine wirksame Propaganda und infolgedessen auch einen guten Versammlungsbesuch. Auf diese Weise haben unsere Genossen den erwähnten Überschuf herausgewirtschaftet.

Welcher Geist die Weseler Genossen beherrscht, geht auch daraus hervor, daß sie beschlossen haben, noch vor der Wahl eine weitere Versammlung zu veranstalten, in der entweder Seydewitz oder Zwilling sprechen soll. Da in diesem Falle die Genossen mit sehr hohen Fahrkosten rechnen, haben sich die fast durchweg erwerbslosen Mitglieder verpflichtet, mit je 2 Mark für ein etwaiges Defizit zu haften.

Im benachbarten Bocholt

verteilt unsere zahlenmäßig schwache, aber sehr rührige Ortsgruppe wöchentlich 400 Exemplare einer selbstverfertigten Dorfzeitung zum Preise von 10 Pfg. Die Genossen üben dadurch nicht nur einen beträchtlichen politischen Einfluß aus, sie werden auf diese Weise auch in stand gesetzt, eine Schreibmaschine und einen Vervielfältigungsapparat nach und nach abzuzahlen!

Solche und ähnliche Beispiele einer hingebungsvollen, fruchtbarsten Parteilarbeit findet man in allen Teilen des Reiches. Aber sprechen wir es offen aus: einstweilen sind die Ortsgruppen, die es verstehen, eine Sache herzhafte und in der richtigen Weise anzupacken, noch in der Minderheit. Es gibt bestimmt noch eine ganze Anzahl Ortsgruppen, in denen bis dato noch keine einzige Broschüre „Was will die SAP“ vertrieben worden ist. Und wieviele Ortsgruppen gibt es, die von sich sagen können, daß sie den Broschürenvertrieb in derselben energischen und vorbildlichen Weise durchgeführt haben, wie unsere wackere Lüneburger SJV-Gruppe. Was aber in Lüneburg möglich ist, läßt sich auch in anderen Ortsgruppen machen. Oder nicht?

Wir haben viele Ortsgruppenleitungen, die vor lauter Stöhnen über ihre Finanznot gar nicht mehr dazu kommen, zu überlegen, wie man der Sache abhelfen kann. Natürlich ist Abhilfe zu schaffen eine verdammt schwierige Sache. Aber in vielen Fällen läßt es sich doch machen. Warum können wir nicht in allen Ortsgruppen dazu übergehen, unsere öffentlichen Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen durch einen systematischen Kartenvorverkauf finanziell und propagandistisch zu fundieren? Warum sollte es nicht in fast allen Ortsgruppen möglich sein, unseren politischen Einfluß durch Herausgabe von Betriebs- und Dorfzeitungen evtl. mit Unterstützung benachbarter Gruppen zu verstärken und obendrein noch die Finanzen etwas aufzubessern? Leicht ist das alles natürlich nicht, aber wenn wir uns von solchen Schwierigkeiten schrecken lassen wollten, dürften wir dann jemals hoffen, mit noch größerer Fertigkeit zu werden und unsere Klasse zu Kampf und Sieg zu befähigen?

Probiert die Sache einmal, Genossen! Wenns erste Mal nicht so recht klappen sollte, dann bestimmt das zweite und dritte Mal. Schließlich wird es sich doch erweisen, daß da, wo ein Wille ist, sich auch ein Weg finden läßt.

Das ganze zweistöckige Mittelstück des zum Schlachthaus von St. Margrethen gehörigen Getreidespeichers ist eingestürzt. Unter dem Dach waren große Mengen Getreide eingelagert, und darunter befanden sich im ersten Stockwerk Rupfräume für Geflügel. Dort waren etwa 80 Frauen und Mädchen beschäftigt.

Schon kurz nach der Mittagspause hörte man über den Rupfräumen ein gefährliches Knistern und Knacken, auch bröckelten da und dort Mauer- und Deckenstücke ab.

Fünf Minuten vor 14 Uhr stürzte das ganze Dach mit samt den großen Getreidemengen unter ungeheurem Getöse herunter und begrub über 50 Arbeiterinnen unter sich.

Die Entsetzensschreie der Verletzten mischten sich mit dem Alarm der Glocken, die alle erreichbaren Hilfskräfte zusammenriefen. An der Unglücksstelle sind 14 Aerzte tätig.

Es sieht bereits jetzt fest, daß die grauenhafte Katastrophe herbeigeführt worden ist durch die verbrecherische Fahrlässigkeit der Besitzer der Kühlhaus A.-G., eines Holländers und eines Ungarn, die bereits wiederholt auf die Bau-fähigkeit der Lagerräume hingewiesen wurden, aber zu keiner Erneuerung bereit waren, weil sie die Kosten scheuten, die ihre Profite verringert hätten.

Die Profitgier der Unternehmer haben 15 Arbeiterinnen mit dem Tode und 40 mit vielleicht lebenslänglichem Säcktum bezahlt.

Die Untersuchungen der Staatsanwaltschaft und Polizei kommen jetzt zu spät.

leute, der bis jetzt im Hinterzimmer vom „Musikalischen Fuchs“ vor seinem Berliner Städtchen gesessen, keine Meldung mehr von den Stoßtrupps bekommen und keine Ordres mehr auszugeben hatte. — Emil Barth, dem die Bewegung vollständig aus den Händen gelitten ist.

Er hat schon von den Einigungsverhandlungen gehört.

Aufgeregt fährt er die herumstehenden Unabhängigen an:

„Das Polizeipräsidium haben wir, das Rathaus ist besetzt, überall sind wir siegreich, und da sollen wir uns mit den Verrätern am Sozialismus, mit Ebert und Scheidemann, an einen Tisch setzen? Ausgeschlossen, das ist ausgeschlossen, sage ich Ihnen!“

„In Hamburg sind wir auch von den Massen zur Einigkeit gedrängt worden!“ wirft Dittmann ein.

„Wenn doch nur Haase da wäre!“
„Parität!“ schreien die Soldatenvertreter.
„Parität!“ brüllen sie schon im Sprechchor.

Dorrenbach hat für die Truppe in der Wandelhalle einige Brote besorgt, auch ein paar Pakete Kunstthong hat er aufgetrieben. Bonczyk hat seine Ration wahrgenommen und sich auch eine zweite für Raumschuh geben lassen. Er hockt auf der Lehne des tiefen Ledersessels, in dem sich Raumschuh zum Schlafen hingelegt hat. Aber Raumschuh fühlt sich wie zerschlagen — nicht nur von der nächtlichen Fahrt; nachher im Gefängnis Moabit hat man ihn wegen renitenten Benehmens in eine kalte Einzelzelle ohne Pritsche gesteckt. Bis zur Befreiung mußte er nach all den Strapazen aufrecht an der Wand stehen. Schlafen ist ihm jetzt wichtiger als alles andere.

Bonczyk hält ihm ein Stück Brot und Kunstthong vor die Nase, erzählt ihm von der Präsidententribüne im Plenarsaal, die mit

rotem Tuch ausgeschlagen wird, von dem Ministergang, den er sich angesehen hat, vom Klosett des Kaisers, in dem Teppiche liegen, Spiegel an der Wand hängen und Sessel aufgestellt sind. Raumschuh will nichts wissen, weder von Kunstthong noch von rotem Tuch, noch von Kaiserklosett. Er blinzelt zu der hohen Kuppel auf, unter der er liegt, streift mit einem verständnislosen Blick das Getriebe um sich herum, die aufgestellten Gewehrpyramiden, die Feldgrauen, die zwischen leeren Konservendbüchsen, Kartons und Zigarettentümmel auf dem Teppich liegen. Er dreht sich auf die andere Seite und schläft weiter.

Bonczyk steckt das Stück Brot und den kleinen Würfel Kunstthong in die Tasche. Dann geht er mit einem Kameraden, der auch Durst hat, in das Reichstagsrestaurant.

Am Büfett bleiben sie stehen und sehen sich im Saal etwas um. In einer Ecke entdeckt Bonczyk den vor einigen Stunden zum Reichskanzler ausgerufenen Ebert; neben ihm sitzt Scheidemann. Er kennt die beiden von Zeitungsabbildern.

Ebert und Scheidemann haben jeder einen Teller vor sich stehen. Gerade wie sie zu essen anfangen, kommt ein aufgeregter Schwarm von Parlamentariern, Journalisten und Soldaten in den Saal gestürmt. Alle reden auf Scheidemann ein und alle reden auf einmal.

„Genosse Scheidemann...“
„Eine Rede!“
„Nein, sofort!“

Scheidemann will erst seine Suppe auflöffeln.

„Das geht nicht, draußen stehen Zehntausende. Liebknecht ist zum Schloß hingefahren. Er will die Sowjetrepublik ausrufen.“
(Fortsetzung folgt.)

USP und Sozialisierung

Eine Entgegnung von Kurt Rosenfeld

Vorbemerkung: Zu den vom Genossen Walcher in seiner Artikelserie „Wie die Sozialisierung manövriert“ aufgeworfenen, heute wieder sehr aktuellen Fragen schickt uns Genosse Rosenfeld nachstehende Entgegnung. Wir behalten uns vor, auf die hier aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten zurückzukommen. Die Redaktion.

Genosse Walcher hat in einer Reihe von Artikeln in der „SAZ“ versucht, die Frage zu beantworten, aus welchen Gründen in der Zeit nach der November-Revolution die Sozialisierungsversuche in Deutschland scheiterten. Er hat sich nach meiner Auffassung die Sache etwas zu leicht gemacht, indem er sich im wesentlichen darauf beschränkt, die Schuld einzelner Personen festzustellen, ohne auch nur mit einem Wort den Versuch einer Analyse der politischen und sozialen Situation der Zeit zu machen. Ebenso unmöglich scheint mir die schematische Gleichsetzung der deutschen und der russischen Verhältnisse und die Schlussfolgerung Walchers, die im Ergebnis darauf hinausläuft: in dem einen Fall wollte man den Sozialismus, im anderen Falle wollte man ihn nicht. Diese Art der Betrachtungsweise, die auf eine Untersuchung der tiefgehenden Verschiedenheiten in der ökonomischen und sozialen Struktur der beiden Länder völlig verzichtet, muß zu einem Subjektivismus führen, der auch heute für die Arbeiterklasse ungeheuer gefährlich ist.

Ich will — so reizvoll es wäre — in diesem Zusammenhang auf diese Fragen nicht eingehen, sondern mich hier beschäftigen mit der völlig schiefen und falschen Darstellung der Rolle, die die USP in der Sozialisierungsfrage gespielt hat, wie sie Walcher gegeben hat. Diese Richtigstellung ist notwendig nicht allein um der historischen Wahrheit willen, sondern vor allem deshalb, weil Walchers Darstellung diejenigen Genossen, die die Entwicklung nicht selbst erlebt haben, zu absolut falschen Schlussfolgerungen in bezug auf die Aufgaben, die einer revolutionären Partei in der Sozialisierungsfrage zufallen, führen muß.

Walcher erklärt kurz und apodiktisch: „Die Sozialdemokraten und Unabhängigen dachten samt ihren Volksbeauftragten nicht daran, im Marx'schen Sinne die Voraussetzungen für den Sozialismus zu schaffen.“ Diese Gleichsetzung von Sozialdemokraten und Unabhängigen, die prinzipiell in die heutige These der KPD von der SAP als linken Filiale des Sozialfaschismus erinnert, geht mit großer Oberflächlichkeit über die schweren Differenzen hinweg, die von Anfang an zwischen USP und Mehrheitssozialdemokraten über die Sozialisierungsfrage bestanden haben, sie verschweigt auch geflissentlich, daß diese Differenzen eine, und zwar nicht die unwichtigste, der Ursachen gewesen sind, weshalb die Unabhängigen aus der Regierung austraten.

Der von Walcher richtig dargestellten Sozialisierungstheorie der SPD, die durch Verhandlungen mit dem Bürgertum auf parlamentarischen Wege zur Sozialisierung gelangen zu können glaubte, oder es wenigstens zu glauben behauptete, stellte die USP von Anfang an die Auffassung gegenüber, daß die Sozialisierung nur durch die Übernahme der Macht durch die Räte und durch eine Verankerung im Räte-system möglich ist. Auf dem Berliner Parteitag der USP (2. bis 6. März 1919) hat Haase (vgl. Protokoll S. 87) darüber gesagt:

„Es genügt nicht, daß den Arbeiterräten nur wirtschaftliche Funktionen eingeräumt werden, sie sind notwendig zur Kontrolle der Betriebsführung und zur Mitwirkung bei der Betriebsleitung. Sie sind unentbehrlich für die Durchführung der Sozialisierung.“

In dem gleichen Sinne erklärt auch die auf diesem Parteitag angenommene Entschliebung:

„In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind demokratische Rechtsformen Truggebilde. Solange der politischen Befreiung nicht auch die wirtschaftliche Befreiung und Unabhängigkeit gefolgt ist, besteht keine wahre Demokratie. Die Sozialisierung, wie die Rechtssozialisten sie betreiben, ist ein Gaukelspiel. Sie begnügen sich unter Schonung der kapitalistischen Interessen mit einer „gemischt-wirtschaftlichen“ Bewirtschaftung und sogar nur mit der „öffentlichen Kontrolle“ der nach ihrem eigenen Urteil für die sofortige Vergesellschaftung reifen Betriebe... Im Räte-system hat sich die proletarische Revolution diese Kampforganisation geschaffen... Sie führt die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in die sozialistische durch.“

Der Gegensatz zwischen der Auffassung der Mehrheitssozialdemokraten und der USP kommt in Haases Rede auf dem gleichen Parteitag zum Ausdruck, in der er (S. 89) zu dem auch von Walcher erwähnten und mit Recht kritisierten Aufruf „Die Sozialisierung ist auf dem Marsche“ ausführte:

„In dem Aufruf... wird verkündet die Ueberführung gewisser Betriebe in Staats-eigentum, d. h. also nicht Sozialismus, sondern Staatskapitalismus. Der Vorschlag der Regierung begnügt sich aber auch mit weniger, mit gemischtwirtschaftlichen Betrieben. Die Kapitalisten sollen also nicht ausgeschaltet werden, sie sollen vielleicht nur 49 statt 51 Prozent der Aktien bekommen, aber bei der Gerissenheit der Kapitalisten werden sie auch dann verstehen, ihren vollen Einfluß geltend zu machen... Bildet sich die Regierung wirklich ein, daß sie die Arbeiter durch solche Maßnahmen vor ihren Wegen spannen kann?... Aber eins verlangen wir, daß nämlich mit kühner Entschlußkraft, mit revolutionärem Elan sofort diejenigen Betriebe in den Besitz der Gesamtheit übernommen werden, die rasch

und verhältnismäßig übernommen werden können.“

Um welche Betriebe es sich hier handelt, wird in dem Gegenwartsprogramm ausgeführt, das die USP auf dem Berliner Parteitag angenommen hat: „Die Vergesellschaftung ist unverzüglich durchzuführen auf den Gebieten des Bergbaus und der Energie-Erzeugung (Kohle, Wasser, Kraft, Elektrizität), der konzentrierten Eisen- und Stahlproduktion, sowie anderer hochentwickelter Industrien und des Bank- und Versicherungswesens, Großgrundbesitz und große Forste sind sofort in gesellschaftliches Eigentum zu überführen.“

Der Gegensatz, der sowohl über die sofort zu ergreifenden Maßnahmen als auch über die grundsätzliche Gestaltung der Sozialisierung zwischen den beiden Parteien klappte, kommt hier so klar zum Ausdruck, daß es unverständlich erscheinen muß, wie man darüber einfach hinweggehen kann.

Walcher willt der USP vor, daß sie durch ihre Teilnahme an der Regierung in den Monaten November und Dezember 1918 den Rechtssozialisten ihre Politik ermöglicht habe. Dabei vergißt Walcher nun, eine Kleinigkeit zu erwähnen, nämlich daß die USP am 10. November 1918 ihren Eintritt in den Rat der Volksbeauftragten abhängig gemacht hat von der Bedingung, „daß erst nach der wirklichen Befestigung der revolutionären Errungenschaften die Frage der Einberufung einer Volksvertretung erörtert werden dürfe“, daß diese Bedingung gestellt und der Eintritt vollzogen wurde, um der Sozialisierung die Erfüllung zu ermöglichen, und daß diese unerschrocken anerkannte Bedingung von den Rechtssozialisten durchbrochen worden ist, indem sie im Räte-kongreß das Verlangen nach Einberufung der Nationalversammlung vorgebracht und durchgesetzt haben. Ebenso verschweigt Walcher, daß der Räte-kongreß, nachdem dieser Beschluß gefaßt war, auf die weitere Erörterung des Themas „Sozialisierung“ verzichtet wollte, und erst auf Betreiben der Unabhängigen in die Debatte eintrat und den Beschluß faßte:

„Der Kongreß der A- und S-Räte beauftragt die Regierung mit der Sozialisierung aller hierzu reifen Industrien, insbesondere des Bergbaus, unverzüglich zu beginnen.“

Immer wieder hat in diesen zwei Monaten der „Vorwärts“ die Behauptung aufgestellt, die Unabhängigen hinderten die Rechtssozialdemokraten an „positiver Arbeit“, und nach ihrem Austritt kannte der Jubel des „Vorwärts“ und der bürgerlichen Presse kein Ende. Das spricht nicht gerade dafür, daß die USP die Rolle gespielt hat, die Walcher ihr zuschreibt.

Mit einer einzigen Handbewegung versucht Walcher, die von Kautsky und Hilferding vertretene Auffassung, daß die Sozialisierung in dem damaligen Stadium der Zerstörung der Wirtschaft nicht möglich sei, als die Auffassung der USP hinzustellen. Nicht allein, daß die erwähnten Beschlüsse der Partei diese Auffassung Lügen strafte. Ich erinnere mich an unzählige Diskussionen innerhalb der Partei, in der die Genossen — die führenden und die unteren Funktionäre — von dieser Auffassung abrückten. Auch auf dem Parteitag selbst — anders hätte auch die erwähnte Resolution niemals Annahme finden können — wurde das zum Ausdruck gebracht. Von vielen Beispielen will ich nur eins anführen. Die Genossin Sender führte aus (S. 157):

„Man hört täglich im Kampfe, daß die Sozialisierung nicht möglich sei, weil unser ganzer Wirtschaftskörper zerschmettert am Boden liege. Das bedeutet, daß dem Kapitalismus eine Ruhepause gewährt wird, um sich ungestört wieder auf die Beine zu stellen... Der Sozialismus ist eher imstande, dieses gestörte Wirtschaftsleben wieder ins Geleise zu bringen.“

Am Schluß seines 3. Artikels drückt Walcher das Sozialisierungsgesetz ab. Jeder, der die Entwicklung jener Zeiten verfolgt hat, mußte nach der scharfen Kritik, die an der USP bisher geübt wurde, erwarten, daß nun wenigstens der 4. Artikel beginnen würde mit der Darstellung der Haltung der USP zu diesem Gesetz. Statt dessen aber beginnt Walcher seinen 4. Artikel mit den Worten: „Es muß gesagt werden, daß die Unabhängigen am meisten zur Verwirrung der Arbeiter beigetragen haben.“ Ist das noch eine ehrliche Berichterstattung? Da Walcher es unterlassen hat, sei hier nachgetragen, den Bericht darüber zu geben. In dem Handbuch der USP zur Reichstagswahl 1920 (Heft 3, S. 211) wird über das Sozialisierungsgesetz gesagt:

„Der Grundfehler dieses Gesetzes, den weder die Rechtssozialisten noch die Demokraten empfunden haben oder anerkennen wollten, ist der, daß man die Bevölkerung in den Glauben einwiegte, als sei die Sozialisierung überhaupt eine Angelegenheit des Parlaments, als könne man Sozialismus vom grünen Tische aus durch Gesetze beschließen, als sei das eine einfache Angelegenheit parlamentarischer Mehrheitsbeschlüsse und nicht eine grundstürzende Umwälzung der gesamten Produktionsweise...“

In diesem Sinne hat auch der Fraktionsredner der USP zu diesem Gesetz in der Nationalversammlung zur Begründung des von der Partei eingebrachten Sozialisierungsgesetzes folgende ausgeführt:

„Es zeigt sich, daß der Weg, den die Regierung beschritten hat, falsch ist. Wenn sie wirklich das Kohlenyndikat übernimmt, so hat sie damit noch nicht den Punkt getroffen, wo letzten Endes den Arbeiter die Ausbeutung drückt. Es kommt aber darauf an, die Stellen zu treffen, die die Produktion leiten: die Generaldirektoren. Dort muß durch Enteignung zugegriffen werden, weil dort die Ausbeutung beginnt. Es genügt nicht, daß von irgendeiner Stelle der Regie-

rung eine Kontrolle über diese Unternehmungen ausgeübt wird. Sozialismus bedeutet nicht Sozialismus, ist nicht Verstaatlichung! Die Vergesellschaftung bedeutet, daß die Glieder, die schaffen und arbeiten, auch die bestimmenden sind... Zu diesem Zweck ist wiederholt in den letzten Wochen und Monaten die Forderung der direkten Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten und Betriebsräte verlangt worden... Es gibt keinen anderen Weg als diesen: Die Betriebsräte, die Bezirksräte der Arbeiter und schließlich die Zentralräte der einzelnen Industrien im vollen Umfange zu den wirklichen Sachwaltern der sozialistischen Republik zu machen, wenn wir eine hätten...“

Den gleichen Standpunkt vertritt die USP bei der Beratung des Gesetzes zur Sozialisierung des Bergbaus, das schunhaft am noch „Gesetz zur Regelung der Kohlenwirtschaft“ genannt wurde. Auch hier brachte die Fraktion eigene Vorlagen ein. Darüber aber berichtet Walcher ebensowenig wie über die Tatsache, daß alle Anträge der USP von den Rechtssozialisten niedergestimmt wurden. Rücksehend müssen wir dazu allerdings feststellen — und das mag auch der Grund dafür sein, warum Walcher all das verschweigt —, daß es mehr im Interesse der

Teno und FAD

„Freiwilligkeit wird Pflicht“

Unter dieser Überschrift bringen die „Düsseldorfer Nachrichten“ einen Bericht über einen Vortragsabend der Technischen Nothilfe Bezirk Westfalen-Niederrhein, „der die Arbeit der Technischen Nothilfe an zwei besonders aktuellen Aufgaben“ zeigte, nämlich am sogenannten zivilen Luftschutz und am Freiwilligen Arbeitsdienst. Man sieht daraus wieder einmal, zu was die von Severing und anderen SPD-Führern geschaffene Teno — deren baldige Auflösung er seit Jahren, als er noch Minister war, in Versammlungen und Zeitungsartikeln immer wieder beteuerte, — im Dienste des Kapitals sich überall trefflich verwenden läßt. Streikbrecherarbeit war nur der Ausgangspunkt, und daß sich die Teno auch in der aktiven Kriegsvorbereitung, etwas anderes ist ja der „zivile Luftschutz“ nicht, bewähren wird, daran zweifeln wir nicht.

Die enge Verbindung, die zwischen Teno und Freiwilligem Arbeitsdienst besteht, von deren guter Harmonie der Bericht sagt, es gäbe augenblicklich keine andere Organisation in Deutschland, die so zur Mitarbeit und Durchführung des FAD geeignet ist, wie die Teno, läßt erkennen, warum die Unternehmenschafft so großes Interesse dafür aufbringt. Man weiß, wofür das Geld ausgeworfen wird:

Neues vom Arbeitsdienst

Erfahrungen aus Sachsen

Der „Nazisachverständige“ für den Arbeitsdienst, Oberst a. D. Hiel, sprach im Künstlerhaus in Dresden vor zahlreichen Besuchern — unter ihnen auch Vertreter von Behörden — über den Arbeitsdienst. Er betonte besonders die wehrpolitischen Gründe der Arbeitsdienstpflicht und kritisierte am jetzigen „freiwilligen“ Arbeitsdienst, daß dieser mehr und mehr eine Art Arbeitslosendienstpflicht werde. Das Positive an dem freiwilligen Arbeitsdienst sei jedoch, Führer heranzubilden, da dies die Voraussetzung für die Einführung der Arbeitsdienstpflicht wäre.

Aus Leipzig wird gemeldet, daß die Arbeitsdienstwilligen der Randsiedlung Mockau in den Streik getreten seien. Der Grund der Arbeitsniederlegung sei die Kürzung der Bezüge um 10 Prozent, d. h. eine Herabsetzung von 2.— RM auf 1.80 RM durch den Bezirkskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst in Sachsen.

In dieser Situation, wo Hiel offen den Zweck des FAD in der Führerausbildung für die kommende Arbeitsdienstpflicht proklamiert, wird in Pirna durch die SPD-Stadtverordnete Frau Seifert, die zugleich Mitglied im Landesausschuß der Arbeiterwohlfahrt ist, mit großem Pomp ein sogenanntes „offenes“ weibliches Arbeitsdienstlager eröffnet. Es werden 20 junge Mädchen im Jugendheim Pirna untergebracht, um dort durch Nähen und Kochen die Not der Pirnaer Arbeitslosen zu mindern. Echt reformistische Begründung! Der Landessekretär der Arbeiterwohlfahrt Pinkert hat dazu seinen Segen erteilt, obwohl ihm offenbar bei der Sache nicht ganz wohl war. Denn er betonte bei seiner Eröffnungsansprache, „daß trotz allem der Kampf um ordentliche Arbeit und Brot für alle nicht erlahmen dürfe“.

Ein ausgezeichnetes Beispiel für die Konkurrenzarbeit des FAD gegenüber der tarifmäßig entlohnten Arbeiterschaft ist in Pirna zu verzeichnen, wo die männliche Jugend, ohne besondere Arbeitskleidung zu erhalten, das Bett der Gottleuba von Steinen säubern muß, die dann Verwendung zum Straßenbau der Siedlung am Postweg finden. An späteren Arbeiten sind in Aussicht genommen Ausforsten der Vieh- und Elbleite. Die Forstarbeiter werden in Kürze zu spüren bekommen, was der segensreiche FAD für sie bedeutet!

Das alles geschieht nicht nur unter Zustimmung der SPD-Stadtverordneten und

Sozialisierung gelegen hätte, wenn der Spartakusbund in der Nationalversammlung und vor allem durch den in den Massen den Vorstoß der USP unterstützt hätte, wenn er nach den Auffassungen seiner Führer, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, auf die Walcher sich mehrfach sehr zu Unrecht — beruft, gehandelt, anstatt schmolend und kritisierend beiseite gestanden hätte.

Gerade weil wir aus diesem schweren Fehler des Spartakusbundes lernen und uns nie wieder von der Arbeiterklasse isolieren wollen, wie das damals geschehen ist, gerade darum ist es heute nötig, nicht um seiner eigenen Parteivergangenheit willen, Tatsachen zu verschweigen, sondern uns zu besinnen auf die revolutionäre Rolle, die damals — und nicht zuletzt in der Sozialisierungsfrage — derjenige Teil der Arbeiterklasse gespielt hat, der hinter der USP stand. Wir können das um so mehr und mit um so besserem Gewissen tun, als das, was Walcher in seinem Schlußartikel, in dem er Schlussfolgerungen zieht, als die Voraussetzung für den Sozialismus bezeichnet: die Eroberung der politischen Macht und die Aufrichtung der proletarischen Diktatur in völliger Arbeiterzustimmung steht mit dem, was die USP nicht nur zur theoretischen Grundlage ihres Programms, sondern auch zum Leitstein ihres politischen Handelns gemacht hatte. Daß sie damals scheiterte — scheitern muß durch die verräterischen Handlungen der Rechtssozialisten und das Abstreichen eines Teiles des revolutionären Proletariats —, diktiert uns heute doppelt die Verpflichtung, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu sammeln zu revolutionärem Willen und Handeln.

„Wenn auch der wirtschaftliche Wert des FAD heil unstritten ist“ — lies: auch die Arbeit teurer zu stehen kommt als reguläre, nach Tariflöhnen bezahlte —, „so ist doch sein sozialpädagogischer Wert anerkannt.“ Seit wann läßt sich die Herrschaftsklasse für „sozialpädagogische Werte“ begeistern, als nur dann, wenn sie Profit darunter versteht?

Die Teno hat bisher über 160 Maßnahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes durchgeführt, wovon auf den Landesverband Westfalen-Niederrhein allein 23 entfallen, darunter verzeichnet sind auch die Anlage von zwei Arbeitslagern in Brüggeln und Herdecke. Neue Pläne stehen zur Ausführung, zu der schon heute 2000 Arbeitswillige vorgemerkt sind. Die Regie klappt also ausgezeichnet, aber die Gewerkschaften und SPD-Organisationen träumen noch von dem Einfluß, den sie sich im FAD verschaffen können. Mit dankenswerter Offenheit nahm der Polizeipräsident Langeis (Zentrum) in besagter Versammlung das Wort, der ausführte: In der Freiwilligkeit der Dienstleistung liegt die Pflicht der Erfüllung, in der Organisation der Nothilfe und FAD das Interesse des ganzen Volkes.

D. d.

„Stadträte, sondern mit ihrer ganz besonderen Mitarbeit. Das ist ein Musterbeispiel dafür, wie proletarische Kommunalpolitik nicht gemacht werden darf. Nur der energische Kampf um die außerparlamentarische Aktion kann hier die Jugendlichen vor ungeheurer Drangsalierung und tiefer seelischer Not bewahren.“ Hegla.

Katastrophe des Protektionismus

Eine vernichtende Kritik an dem deutschen Agrarprotektionismus übt die Außenhandelsstatistik mit Dänemark. Nach der offiziellen dänischen Statistik betrug im Zeitraum von Januar bis einschl. September die Lieferungen von Deutschland nach Dänemark

1932	1931	Rückgang
226,59	365,55	138,96

die Lieferungen von Dänemark nach Deutschland (in Millionen Kronen)

106,15	131,42	25,27
--------	--------	-------

das heißt: Die deutsche Agrarpolitik hat es fertig gebracht, die deutsche Einfuhr eines Dreivierteljahres aus Dänemark um 25 Millionen zu senken, dafür aber die deutsche Ausfuhr nach dorthin um fast 140 Millionen Kronen (Wert der Krone durchschnittlich etwa 80 Pfennig, zur Zeit etwa 75 Pfennig) zu verringern. Deutlicher gesagt:

Für jede Mark, die Deutschland weniger zu zahlen braucht, verliert es 5 1/2 Mark, die Dänemark dafür nicht an Deutschland zahlt!

Das ist der „Segen“ kapitalistischer Junkerpolitik!

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: Sozialistische Arbeiterzeitung, Breslau, Lohndruck Th. Schatzky, AG. Breslau, Neue Graupenstr. 7

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3 | Treppe

Telephon 204 02.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3, Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Konto Nr. 102 92.

„Betet in diesen Tagen viel und Innig“

Die katholische Kirche auf Seelenfang

„Der Marxismus betrachtet alle heutigen Religionen und Kirchen, alle und jegliche religiösen Organisationen stets als ein Organ der bürgerlichen Reaktion, die zum Schutze der Ausbeutung und der Betäubung der Arbeiterklasse dient.“ (Lenin.)

In Breslau ist (und anderswo wird es nicht anders sein!) die katholische Kirche eifrig bemüht, die ihrem Arm Entronnenen wiederzugewinnen. So werden an alle diejenigen, die in letzter Zeit formell aus der Kirche ausgeschieden sind, besondere Flugblätter, Traktate und Traktätchen verteilt. Man bangt um deren Seelenheil und setzt mit verdoppelter Anspannung mit der Propaganda für das Unternehmen, das unter dem Namen „katholische Kirche“ in das deutsche Vereinsregister eingeschrieben ist, ein.

Wir glauben zwar nicht, daß diese Anstrengungen unseren Genossen und Lesern gefährlich werden können. Sie sind aber ein typisches Beispiel dafür, wie der Klerus in all den Schriftchen und Handzetteln nur allzu sehr seine Absicht, die Religion als Opium für das Volk im verschürften Maße zu stabilisieren, in die Praxis umsetzt.

So heißt es in einem der Flugblätter, die zur Volksmission in allen katholischen Gemeinden von Breslau-Stadt in der Zeit vom 13. bis 30. Oktober einladet:

„Volksmission in dieser furchtbaren Notzeit? Diese Frage und noch manche andere Zweifel bewegen Dich! Du meinst, jetzt habe man andere Sorgen. Wir antworten: Umgekehrt wird ein Schuh drauß!

Gerade, weil die Not so groß ist, soll Mission sein!

Das Volk wendet sich ab von Freidenkertum und Kirchnaustrittsbewegung. Seit etwa einem Jahre spricht man von einer neuen „religiösen Welle“. Große Volksbewegungen ähnen, daß unser Volk christlich werden muß.

Eine furchtbare Ratlosigkeit auf der ganzen Linie. Die Erkenntnis dämmert, daß die Not der Gegenwart eine Not der Seelen ist, daß alle wirtschaftlichen Maßnahmen allein nicht helfen, weil sie keine neuen Menschen schaffen können.

In dieser Not der Zeit will die Volksmission den Massen den Weg zur Rettung zeigen.

Rettung ist nur beim Schöpfer und Erhalter der Welt, bei Gott. Darum zurück ins Reich Gottes! Näher, mein Gott, zu Dir!

Rettung ist nur beim Sohne Gottes, bei Jesus Christus. Der einst Tausende in der Wüste speiste, wird auch die Welt aus der Wüste der Gegenwart führen. ...

Daß „das Volk sich vom Freidenkertum und von der Kirchnaustrittsbewegung“ abwende, das dürfte den Herren Anwälten Gottes auf Erden recht schwer zu beweisen sein. Wir behaupten das Gegenteil und können es mit Zahlen belegen. So machte sich im Jahre 1931 eine weitere Steigerung der Austritte aus den verschiedensten Religionsgesellschaften bemerkbar, und in Berlin allein betrug die Zahl der bei den Amtsgerichten abgegebenen Austrittserklärungen 79 274 gegenüber 66 635 im Vorjahre, was eine

Zunahme der Austritte um rund 19 Prozent ergibt. Deshalb als Antwort hierauf auch die verstärkte Propaganda der katholischen Kirchen.

„Die Erkenntnis dämmert, daß die Not der Gegenwart eine Not der Seelen ist, daß alle wirtschaftlichen Maßnahmen allein nicht helfen.“ So verhöhnt man euch, ihr hungernden Arbeitslosen auf Stempel- und Blockstellen! So will man aber euch auch einreden, daß Rettung nur „von der katholischen Kirche kommen könne“. So will man euch vom Klassenkampf abbringen.

Die Kirche beginnt das große Wiegenlied, mit dem man die zum proletarischen Widerstand Erwachte, wieder einschläfen will. Als Beweis dafür einige Zitate aus dem Hirtenbrief des Erzbischofs Bertram an die Katholiken Breslaus.

So gibt Herr Bertram als Ausweg aus der Wirtschaftskrise, die er „eine Prüfung“, die über die Völker gekommen“ sei, nennt, einige Rezepte:

„Die Zeit ernstester Prüfung ist gekommen über die Völker und für jeden einzelnen. Je drückender das Kreuz der Armut und Sorge ist, desto fester soll das Auge sich auf das Ewige wenden. Desto enger sollen wir uns anschließen an Den, dessen strafende Hand die Völker getroffen hat, dessen Weisheit aber auch in heiligster Absicht die dunklen Stunden in den Plan seiner ewigen Vorsehung aufgenommen hat. Ist die seelische Not von uns hinweggenommen, dann wird auch der Kampf mit der irdischen Not zuversichtlicher, hoffnungsfreudiger werden.“

Ausbeutung, Lohn- und Unterstützungsraub, Wohnungsnot und Massenelend gehören also zu diesem „Plan ewiger Vorsehung“ damit die Ausbeuter sich müsten, damit sie in Freuden und Jubel leben können.

Andererseits gibt er aber zu, daß das eben angezeigte Rezept nur eine Verdrängung auf ein „Jenseits“ ist, daß man sich also mit anderen Worten in die Ausbeutung und Ausbeutung schicken soll:

„Ich antworte: Gerade in solchen Zeiten soll die Menschheit des Wortes Christi sich erinnern: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt.“ Die Kirche kämpft nicht für ein irdisches Reich, sondern für Christus, der

in die tiefste heutige Wurzel der Religion zu suchen ist. „Die Furcht hat die Götter erzeugt.“ Die Furcht vor der blinden Macht des Kapitals, die eine blindwältende Macht ist, weil sie von den Volksmassen nicht vorausgesehen werden kann, die auf Schritt und Tritt den Proletarier und kleinen Eigentümler bedroht und über sie „plötzlich“ „unerwartet“, „zufällig“ Ruin, Untergang, Verwundung in einen Bettler, einen Pauper, eine Prostituierte bringt, sie dem Hungertode preisgeben kann und dies auch tatsächlich tut — das ist der Ursprung der heutigen Religion, den der Materialist vor allem und am meisten im Auge haben muß, will er nicht in den Kinderschuhen des Materialismus stecken bleiben. Keine Aufklärungsbroschüre wird die Religion aus den durch die kapitalistische Zwangsarbeit zermürbten, von den blinden zerstörenden Kräften des Kapitalismus abhängigen Massen ausmerzen, solange diese Massen nicht selbst gelernt haben werden, vereint, organisiert, planmäßig, bewußt gegen diese Wurzel der Religion, gegen die Herrschaft des Kapitals in allen ihren Formen anzukämpfen.

Folgt aber daraus, daß Aufklärungsbroschüren gegen die Religion schädlich oder

Erkenntst Du den Betrug noch immer nicht?

Oeffentliche Versammlung

der Sozialistischen Arbeiterpartei - Breslau

Im großen Saale des Schloßwärders, am Mittwoch, den 26. Oktober, 19 Uhr

Es spricht:

Walter Fabian, Dresden • Ernst Eckstein, Breslau

Unkostenbeitrag:

Nichtmitglieder 20 Pfg., erwerbslose Nichtmitglieder 10 Pfg.

Mitglieder . . . 10 Pfg., erwerbslose Mitglieder . . . 5 Pfg.

19—20 Uhr, Konzert der Schalmelkapelle

feierlich sein überirdisches Königtum zu Füßen des Kreuzes proklamiert hat.“

Als Allheilmittel gegen Not, Hunger und Elend empfiehlt er schließlich:

„Betet in diesen Tagen viel und innig, daß Gottes reichster Segen sich an diese heiligen Wochen (die Missionswochen, Ann. der Red.) knüpfen möge. Wieviel hängt ab vom beharrlichen Gebete. Betet einer für alle und alle für einen: so wie Brüder und Schwestern in guten Familien.“

Es verlohnt sich nicht, sich weiter mit den Ergüssen dieses geistlichen Herrn aufzuhalten. Wir brauchen sie auch nicht in unseren Kreisen zu kommentieren. Geht aber hinaus und benutzt sie zur antireligiösen Propaganda, vergeht aber dabei nie, was Lenin über die Aufklärungsarbeit innerhalb der Massen gesagt hat:

„Warum hält sich die Religion in den rückständigen Schichten des städtischen Proletariats, in breiten Schichten des Halbproletariats sowie in der Masse der Bauernschaft? Infolge der Unwissenheit des Volkes, antwortet der bürgerliche Fortschrittler, der radikale oder der bürgerliche Materialist Also: Nieder mit der Religion, es lebe der Atheismus! Die Verbreitung atheistischer Anschauungen ist unsere Hauptaufgabe. Der Marxist sagt: falsch. Eine solche Auffassung ist oberflächlich, bürgerlich beschränkte Kulturträger. Eine solche Auffassung erklärt die Wurzeln der Religion nicht tief genug, nicht materialistisch, sondern idealistisch. In den modernen kapitalistischen Ländern sind diese Wurzeln hauptsächlich sozialer Natur. Das soziale Niedergedrückte der werktätigen Massen, ihre scheinbar absolute Ohnmacht gegenüber den blinden Kräften des Kapitalismus, der den gewöhnlichen arbeitenden Menschen täglich und stündlich tausendmal mehr fürchterliche Leiden und entsetzliche Qual zufügt, als alle außerordentlichen Ereignisse wie Krieg, Erdbeben usw. — das ist es, wo-

überflüssig sind? Mitnichten. Daraus folgt etwas ganz anderes. Daraus folgt, daß die atheistische Propaganda ihrer Grundaufgabe untergeordnet sein muß, nämlich der Entfaltung des Klassenkampfes der ausgebeuteten Massen gegen die Ausbeuter.“

Mitgliederversammlung der Breslauer Buchdrucker

Am Mittwoch, den 19. Oktober, fand in der „Wratislawia“ eine verhältnismäßig gut besuchte Versammlung des Buchdruckerverbandes Breslau statt. Das gewerkschaftspolitische Referat mußte ausfallen, weil unser Genosse Walcher nicht erscheinen konnte und auch der Ersatzreferent erkrankt war. So beschäftigte sich die Versammlung nur mit der Ergänzung des Ortsvorstandes. Die Stellen des 1. Vorsitzenden und des Kassierers waren ausgeschrieben worden. 37 Bewerbungsschreiben waren eingegangen, wovon aber nur eines dem Vorsitzendenposten galt. Die Wahlkommission mußte deswegen diesen einen, Kollegen Birnbach zur Wahl empfehlen. Auf Grund seiner bisherigen Tätigkeit im Ortsverein Breslau und im Gau Schlesien kann der Kollege Birnbach unsere Stimmen nicht bekommen.

Unter den 36 Bewerbern für den Kassierersposten hatte die Wahlkommission die ihres Erachtens drei geeignetsten herausgesucht und die Kollegenschaft hat nun durch Urwahl zu entscheiden, wen sie von den drei und zwar den Kollegen Kleinert, Steuer und unseren Genossen Weigt mit dem verantwortungsvollen Kassierersposten betrauen will. Auf Antrag Feige wurde eine Neuwahl des noch amtierenden Ortsvorstandes abgelehnt und nur die

Zuwahl eines Beisetzers beschlossen. Als Kandidaten für die Urwahl wurden unsere Genossen Kubon und Pohl, sowie der Kollege Fischer aufgestellt. Auf Antrag unserer Genossen wurde die nachstehende Entschliebung einstimmig angenommen:

„Die am 19. Oktober 1932 tagende Mitgliederversammlung des Ortsvereins Breslau im VdDB verlangt vom Verbandsvorstand, daß dieser sofort seine Stellungnahme dahingehend revidiert, daß nicht nur die Zugehörigkeit zur SA oder SS der NSDAP unvereinbar ist mit der Mitgliedschaft im VdDB, sondern auch die Zugehörigkeit zur NSDAP allein.“

Eine Entschliebung des Genossen Heinrich von der KPD, die die rote Einheits-

Duwolltest am 6. Nov. SAP wählen!

Warum darfst du nicht?

Weil du nicht die Wählerlisten eingesehen hast!

Morgen letzter Termin

front unter Führung der KPD (!) und die Wahl der Liste 3 am 6. November propagierte, wurde gegen einige Stimmen abgelehnt.

Flüchtige SA-Leute

Breslau, 21. Oktober.

Vor dem Breslauer Sondergericht sollten sich heute der 21jährige Kraftwagenführer Egon Münch und der 19jährige Arbeiter Josef Wylesol wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung verantworten. Die Angeklagten, die der SA angehören, hatten am 19. August in der Nähe des Braunen Hauses auf der Neudorfstraße in Breslau einen kommunistischen Zeitungshändler überfallen und schwer verletzt. Beide waren zur Verhandlung nicht erschienen. In Anbetracht der Schwere der Tat und der zu erwartenden Strafe — die Tat ist nach Inkrafttreten der Terrorverordnung begangen worden, die eine Mindeststrafe von einem Jahr Zuchthaus vorsieht, ist Haftbefehl erlassen worden. Wylesol hält sich angeblich in Westdeutschland auf.

„Volkswacht“ verleumdet unseren Gen. Pietsch

Im Bericht über die Stadtverordnetenversammlung ist die „Volkswacht“ so geschmackvoll anzuendeuen, daß der Genosse Fritz Pietsch über Papen zum Schulrat avancieren will und daß er bei der SPD kürzlich Anbiederungsversuche gemacht hätte.

Diejenigen, die Genossen Pietsch kennen, wissen, daß dies die üblichen Verleumdungen der Volkswachtreaktion sind, die in Ermangelung von sachlichen Gründen, im besonderen gegen den Genossen Pietsch, erhalten müssen mit der Hoffnung, daß doch etwas hängen bleibt.

SAP Oels

Genossinnen und Genossen!!!

Am Sonntag, den 30. Oktober, abends 20 Uhr, begehen wir im Volkshaus, Gr. Feldstraße, unsere Jahrfreier. Die Feier soll gleichzeitig der Wahlpropaganda dienen.

In der Veranstaltung wird der russische Film: „Der Mann, der das Gedächtnis verlor“ gezeigt. Außerdem wirken einige Breslauer Genossen vom politischen Kabarett, sowie der SJV Oels mit. Es heißt nun für alle Genossen, schon jetzt rege Propaganda für diese Veranstaltung unter Bekanntenkreisen zu machen.

Sobald die Einlaßkarten fertig sind, gehen sie den Funktionären zum Vorverkauf zu. Der Eintrittspreis ist 20 Pfg. pro Person.

An demselben Sonntag findet nachmittags 4.30 Uhr im Volkshaus eine Filmveranstaltung für Kinder statt.

Schutzbund Oels

Alle Genossen finden sich am Dienstag, den 25. Oktober, abends 6 Uhr, zum fälligen Übungsabend in der Aufbauschule ein.

Juno ist die ideale Cigarette,

denn wirkliche Kenner wollen nur Qualität und keine Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine oder Stickereien.

Unsere **JUNO** Freunde zeigen, daß sie volles Vertrauen zu ihrer Marke haben und beweisen damit gleichzeitig ihre hervorragende Sachkenntnis.

Juno wird dieses Vertrauen stets rechtfertigen!



Waldenburger Novelle

Von O. F. Heinrich

Wir entnehmen diese kleine Novelle der Wiener Arbeiter-Zeitung. D. Red.

Richard Karger ist Bergmann. Er fährt jeden Tag auf Zeche Konkordia II ein. Jeden Tag. Eine Woche früh um sechs, die andere mittags, wenn die Glocken läuten, die dritte am Abend.

Das Fell des Arbeitstieres Karger ist vielfach geflickt. Es wird immer wieder zerissen. Nach dem Schichtwechsel hängen fruchte Lampen herab; sie kleben an den Beinen, die nicht Stunden in schwarzer Jauche standen.

Alles ist drückig; das Gesicht, die Hände, die Seele. Nur über eins stimmt Richard Karger, daß das Blut, das er hin und wieder spuckt, so schön rot aussieht. Manchmal haucht er sich vor; es müßte doch dasselbe schwarze Zeug drin sein, das man einatmet, das sich an die Augenlider schmiegt und die Ohren verkleistert. Aber nein, das rote Blut blüht sauber.

Klara darf es nicht sehen. Er nimmt sich in acht, so gut es geht. Und wenn wirklich der Husten kommt, verdammt schon wieder, dreht er sich beiseite, spuckt ins Taschentuch, in das er sich nicht einmal die Nase schneuzt, und verliert es manchmal, das Taschentuch.

Klara arbeitet in der Porzellanfabrik. Das heißt bis vor einem Monat. Da wurden zwei hundert rausgeschmissen.

„Na, wie is denn?“ fragt sie.
„Ach so, mit dem Heiraten? Wenn ich Hauer geworden bin. Das muß ja bald sein“, sagt er.

Das werde ich doch nicht, denkt er.
Wenn bloß der Husten jetzt nicht kommt! Klara ist schon argwöhnisch geworden. Es gibt Stimmiger, die suchen sich die Steiger aus. Umgekleckelt ist er noch nicht. Immerhin gut. Weil sich das gleich in der Abteilung herumspriecht.

„Da hat man geschuftet. Ein paar Sechser liegen in der Sparkasse, für die Anzahlung“, meint die Klara, „und nun haste keinen Mumm.“ Ueber Jahr und Tag geht's schon, das Hinundher. Die Weiber witzeln im Hofe; die Mädels aus der Fabrik gehen tanzen und sagen, Beine schmelzen wäre gescheiter als Warten.

„Recht habense, recht habense!“ schreit die Klara.

Er steht am Fenster und lacht vor Zorn. Er lacht nur, wenn er sich nicht zu helfen weiß. Seine Zunge stolpert über die Worte, so oft er sich verteidigt. Schließlich wird dann einer stumm. Und lacht nur. Da kann der andere denken, was er will.

Ein Eßnapf knallt auf den Tisch, rollt, steht fest wie angebacken. Wie ein Signal ruft der Blechlöffel aus Bratklößen und Sauerkraut.

„Los, los, is schon!“
Er lacht.

Warum denn so eilig? Noch eine ganze halbe Stunde. Da schlingt man den Fraß schon noch runter. Bratklöße? O na, da geht's ja. Er klatscht sie auf den Hintern. „Viel Fleisch ist da auch nicht dran.“ Wie er das sagt, wird es ihm warm, denn er denkt daran, was für runde Backen die Klara hatte, als er noch Quartierbursche bei ihren Eltern war. Durchs Fenster sieht er die Fabrik. Aus den kurzen Schornsteinen schießen steile Flammen empor und verfarben sich zu dickem Rauch. Dort war die Klara bis vor einem Monat.

„Essen sollste endlich!“
Er geht an den Tisch, zieht den Signallöffel heraus.

„Warum denn so eilig“, sagt er nochmal.

„So viel Zeit!“
„Aber ich nicht!“

„Wieso? Was willstest denn? Was haste denn?“

„Nischt. Laß mich in Ruhel!“
„Du?“

Er stößt den Löffel wieder in die Klöße.

„Fort geh ich. Tanzen. Mit der Klener Berta.“

„Heute?“

„Ja, heute. Warum nicht heute? Gerade heute.“

„Du wirst doch ... wo wir immer beide ... Klara.“

„Was denn immer beide? Immer beide?“

„Ich dachte ... natürlich kannte gehen. Natürlich. (Wenn bloß der Husten nicht kommt.) Aber nee, aber nee, daß die anderen dann reden ...“

Klara zieht sich die Bluse an. Weiß mit roten Punkten. Die Handtasche liegt auf der Kommode.

Er geht zur Tür. Stellt sich davor.

„Dableiben wirstel!“

„Dableiben werd' ich? Dableiben? Los, laß mich raus, Richard!“

Ihre Blicke ringen. Seine Hand wird von der Klinke gerissen. Seine Hand stößt einmal in die Luft, zweimal gegen ihre Schulter. Ein Stuhl steht im Wege. Das Mädchen mit den dünnen Armen reißt ihn, sich anklammernd, mit um.

Dann kommt der Husten doch.

Raus ist sie. Und ihre Augen waren groß und verschwommen. Knallte nicht die Tür. Ja, doch, Kalk liegt unten.

„Klarat!“

„Klarat!“

Kalk liegt unter der Tür.

Kartoffelacker, über den sich jetzt wie ein eingelegetes maugraues Band der ewige Weg zieht, zwischen rostigem Draht und ausgeblühten Stielen. Ein Grammophon plärrt Dialoge, von schlechter Musik verunreinigt. Weiter drüben Gesang zu einer Ziehharmonika, Kinderstimmen darunter.

Dann das Zechentor, weit nach innen geöffnet. Blechmarken klappern auf dem Fensterbrett der Wärterbude. Das Tor fängt alle auf: Kommet her zu mir! ...

Vor den Sternen, wie rasch aufgerichtete, notdürftige Berrücken, durch die man allen-

falls, dünne Gedanken hindurchschließen kann, stehen die Fördertürme.

In dieser Nacht spuckte nicht nur Richard Karger, sondern es spuckte auch der Berg. Gestein flog aus dem schwarzen Munde und prasselte über die dichterliche Hölzer in die aufspritzende Jauche. Den Menschen wurde der Atem ausgepreßt, als sie auf zerschlagenen Knien wegkriechen wollten.

Ih Dummheit. Der Berg meint es mit euch gut. Was reißt ihr da fort? Ihr wolltet doch immer Ruhel. Nun hat der schwarze Mund gesprochen, nun solltet ihr schweigen, aber da schreit ihr nach eurem Weibchen, die auch hungrige Kinder und halbleere Schüsseln hinhaltend, wenn ihr herkommt.

Da stehen sie nun vor den zusammengeklappten Flügeln des Zechentores. Jammern, die Augen rot gerweint. Drinnen aber im Hofe ist es stiller als draußen. Wenn der Berg spricht, so tut er es ohne viel Radru, heimlich, wie Richard Karger es auch macht. Fast wird man nichts gewahrt.

Bis es sich dann herumspriecht.

Bis einer übers Feld rennt, zu den Gärten, zu den Häusern, und der Schwarm der Arbeitsbienen sich am Tor zur Zeche Konkordia II festhakt.

Richard Karger geht nach Hause. Die Schulter schmerzt zwar, aber der Arzt sagte: „Schwein gehabt, Mensch, so dicht dabei!“ Dann gab es ein Pflaster auf die abgeschülftete Haut. Karger lachte, weil er wieder nicht wußte, was er sagen sollte.

Draußen vor dem Tor standen nur noch wenige. Zusat sollten zwanzig tot sein, dann zehn, zuletzt waren es nur sechs. So gut meint es der Berg, daß er ein paar Dutzend Kinder weniger heulen läßt.

Unheimlich still ist es. Man hört den Husten zu sehr. Klara ist noch nicht da. Deshalb spuckt er wieder bedächtigt ins Taschentuch.

Gut meint es der Berg. Stillter Paul sah schlimmer aus; das Gesicht neben der Lampe war verdammt bleich, so bleich, daß man ihm die Lampe ruhig wegnehmen könnte; er brauchte sie doch nicht mehr. Die eigene Funzel lag irgendwo unterm Gebälk. Klara tanzt noch. Wie rot das Zeug im Taschentuch ist. Und so sauber. Schön sieht's aus.

Knacken im Haustürschloß, Schritte, die Tür auf:

Irr flackernde Augen ihm gegenüber, der Mund offen, zitternd ...

Dann ist sie bei ihm. Die dünnen Arme flieben über seine Schultern. Hände tarten ... „Du bist du ja, Richard. Du, du ... Keiner wußte, ob du drunter bist ... Die Hackerten nich, die Menzeln nich. Gerannt bin ich, so gerannt bin ich. Haste schon gegessen? Was red ich denn? Es is ja Nacht. Richard, ich hab gar nich viel getanzt. Richard, glaub mir!“

Das Taschentuch sieht sie.

„Blut?“

„Ja, Blut.“

Die Klara zieht das Blut an, sieht ihn an.

„Aber dir ist doch nischt passiert, Richard? Wo denn?“

„Nee, nee — schon immer!“

Er lacht. Sie lacht.

„Das is doch nicht schlimm?“

„Was?“

„Das mit dem Blut?“

„Woher, das geht wieder weg“, sagt er und nimmt sich vor, überhaupt nicht mehr ins Taschentuch zu spucken.

„Dann is es ja gutt. — Richard, daß du lebst, daß du lebst!“

Sie lacht in ihre Tränen hinein. Und nach einer Weile:

„Wieviel sind's denn?“

„Sechse.“

„Der Doktor meinte auch, ich könnte froh sein“, sagte er langsam.

Richard Karger ist Bergmann. Er fährt jeden Tag auf Zeche Konkordia II ein. Jeden Tag. Eine Woche früh um sechs, die andere mittags, wenn die Glocken läuten, die dritte am Abend.

Dem „Hochverräter“ zur Erinnerung

Ein Gedenkblatt zu Karl Liebknechts ersten Antimilitaristen-Prozeß

In diesen Tagen sind 25 Jahre verstrichen, seit Karl Liebknecht, der Unvergeßliche, zum ersten mal wegen „Hochverrat“ vor dem Reichsgericht in Leipzig unter Anklage stand. Der Oberreichsanwalt Dr. Olshausen vertrat die Anklage, während der Prozeß unter Vorsitz des Senatspräsidenten Treplin vor dem 2. und 3. Strafsenat stattfand. Der Eröffnungsbeschuß umfaßt nur einen Satz. Wir rekapitulieren aus seinem Inhalte die Gründe für die Anklageerhebung: „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens durch Verbreitung der Schrift: „Militarismus und Antimilitarismus“.

Nach Ansicht der Anklagebehörde predigt diese Schrift die „Beseitigung des stehenden Heeres durch den Militärstreik, gegebenenfalls in Verbindung mit der Aktivierung der Truppen für die Revolution“.

In einer geradezu glänzenden Weise zeipflückte Karl Liebknecht die ganze Anklage, immer wieder zeigend, daß bereits der Eröffnungsbeschuß nur dadurch möglich war, daß die Anklagebehörde nicht den Inhalt und Wortlaut seiner Broschüre, sondern ihre eigene mehr als phantastische Auslegung der Worte des Angeklagten zur Grundlage der Anklage zu machen bestrebt war. Ohne das Wort Fälschung zu benutzen, zeigte er doch, daß die Grundlage der ganzen Anklage auf einer Verdrehung seiner Absichten und Worte und der dadurch bewirkten Verfälschung der Motive des Angeklagten beruhte und daß die Konstruktion der „Vorbereitenden Handlung zur Durchführung des „Hochverrats“, nicht in den Handlungen des Angeklagten, sondern in den Unterstellungen der Anklage und der Fantasie des Anklägers begründet lag. Der Mittelpunkt der Anklage war die Frage der Benutzung der Armees als

Waffe des Staatsstreiches, und obwohl 25 Jahre seit dem Prozeß vergangen sind, obwohl wir heute keine „Kommandogewalt“ eines Kaisers haben, die Monarchie sich in eine Republik verwandelt hat, klingen die Worte Liebknechts wie an die heutigen Machthaber gerichtet. Man höre nur:

Ich behaupte (führt Liebknecht aus): Eine große Anzahl höchst maßgeblicher Personen hat in einer Weise, die juristisch ganz eindeutig ist, zu gesetzwidrigen militärischen Gewalttätigkeiten gegen das Volk gehetzt. Die Gefahr des Staatsstreiches hat in Deutschland stets bestanden. Ich habe einiges Material in meiner Schrift zitiert ... Der Kaiser hat allerdings das Recht, den Belagerungszustand zu proklamieren, aber die Verfassung muß von oben wie von unten gehalten werden. Es unterliegt, staatsrechtlich betrachtet, keinem Zweifel, daß in dem Augenblick, wo das Militär zu einem Staatsstreich, zu einer verfassungswidrigen Aktion verwendet würde, die Ausübung der Kommandogewalt illegal (ungesetzlich) wäre; die Verfassung würde faktisch aufhören zu existieren; jede Abwehr des Staatsstreiches wäre eine Verteidigung der Verfassung, nicht ein Angriff auf sie.

Wenn er (Bismarck) vorschlägt, den Reichstag aufzulösen, ein anderes Wahlrecht aufzuzwingen und die Bevölkerung auf die Straße zu treiben, dann ist die Verfassung selbstverständlich null und nichtig. Bei einer anderen Auffassung würde unsere Verfassung weiter nichts sein, als ein Stück Papier, das man auf die Spitze der Bajonette aufspießt.“

„Hochverrat“ gegen Verfassungsbrecher von Oben ist Pflicht jedes aufrechten, frei-

heitsliebenden Mannes, der nicht nur willenloses Objekt der „Gesetzlichkeit“ einer sich „legal“ drapiierenden Willkürherrschaft der herrschenden und besitzenden Klasse ist, der sich nicht als „Untertan“, sondern der sich als Staatsbürger fühlt. Dieser unerschrockene Kämpfer für die Rechte des Volkes würde auch heute wieder, wie damals im Angesicht des Zuchthauses, den herrschenden Klassen und ihren besoldeten Landknechten die Wahrheit ins Gesicht schreien, daß auch der Verfassungbruch von Oben ein Staatsstreich wider die Souveränität des Volkes und ein Verbrechen ist.

Klar wie nur einer erkannte er die ökonomischen Wurzeln des Militarismus und Imperialismus. Deshalb schrieb er auch in seinem unter Anklage gestellten Buche:

„Er (der Arbeiter) weiß, daß der Vorteil des wirtschaftlichen Aufschwungs, um dessen Ausnützung sich jene (imperialistische) Politik bemüht, und daß im besonderen alle Vorteile unserer Kolonialpolitik nur der Unternehmerklasse, dem Kapitalismus, dem Erbfeind des Proletariats in die werten Taschen rinnt. Er weiß, daß die Kriege, die die herrschenden Klassen für sich führen, gerade ihm die unerhörtesten Opfer an Gut und Blut auferlegen, für die er nach vollbrachter Arbeit mit jämmerlichen Invalidenpensionen, Veteranenbeihilfe, Leierkästen und Fußtrittchen aller Art regaliert wird. Es (das Proletariat) weiß, daß sich bei jedem Krieg ein Schlammvulkan hunnischer Rohheit und Gemeinheit über die beteiligten Völker ergießt und die Kultur auf Jahre hinaus erbarbarisiert. Es weiß, daß das Vaterland, für das es sich schlagen soll, nicht sein Vaterland ist, daß es für das Proletariat jeden Landes nur einen wirklichen Feind gibt: die Kapitalistenklasse, die das Proletariat unterdrückt und ausbeutet; daß das Proletariat jedes Landes durch sein eigenes Interesse eng verknüpft ist mit dem Proletariat jedes anderen Landes; daß gegenüber den gemeinsamen Interessen des internationalen Proletariats alle nationalen Interessen zurücktreten und der internationalen Koalition des Ausbeuterten und der Knechtschaft, die internationale Koalition der Ausbeuteten, der Geknechteten gegenübergestellt werden muß; es weiß, daß das Proletariat, sofern es in einem Kriege verwendet werden sollte, zum Kampfe gegen seine eigenen Brüder und Klassengenossen geführt würde und damit zum Kampfe gegen seine eigenen Interessen.“

25 Jahre sind es her, daß Karl Liebknecht diese Worte geschrieben, wir haben die furchtbarste, blutigste Probe auf das Exempel im Weltkrieg 1914-18 gemacht, wir haben eine „Revolution“ hinter uns, in der der revolutionäre Antimilitarist Liebknecht militäristischen Mouchelmord-Kannillen zum Opfer fiel und heute haben wir die Hitlerrolle. Seine Worte beziehen sich deshalb auch nur auf das klassenbewußte Proletariat und wenn man die Trümmer der einst stolzen Bewegung ansieht, möchte man die Einschränkung noch weiter ziehen.

Als Karl Liebknecht aktiv in die Politik eingriff, erlebten wir die ersten Zeichen des erstarkenden deutschen Imperialismus, der über die „vaterländischen Grenzen“ hinaus, nach neuen Jagdgründen für seinen unersättlichen Profitthunger griff. Die SPD blieb diesen neuen Problemen gegenüber steril, die Kaiser-„Sozialisten“ Scheidemann, Ebert, Noske und Co. schwenkten später sogar in das Lager der Imperialisten ein; da verstehen wir, daß diese „proletarischen“ Stützen des alten Regimes recht saure Gesichter über die antimilitaristische Aktivität des „Brau- kopfes“ Liebknecht machten.

Wie recht Karl Liebknecht hatte, erkennen wir erst heute mit voller Schärfe, nachdem allein das deutsche Proletariat zwei Millionen seiner besten Söhne dem Moloch Kapitalismus hat opfern müssen. Eine vorzeitige Erkenntnis der Proletarier mußte aber verhindert werden, deshalb mußte die antimilitaristische Propaganda Liebknechts unterbunden und er selbst auf 1 1/2 Jahre auf die Leitung geschickt werden.

Sorgen um Dr. Bracht



Welche Badeanzüge sind erlaubt und welche nicht erlaubt? Welche Sorgen hat Herr Dr. Bracht und welche nicht?

Wie eingehend und eifrig dieser „verehrte“ Herr sich mit der Bekleidung der nackten Körperteile — von schönen Mädchen — beschäftigt, zeigt uns obenstehende Fotomontage. Die Bilder in der oberen Reihe stellen die Badeanzüge, die nach der Verordnung über Badebekleidung erlaubt sind, dar. In der unteren Reihe werden eine Anzahl „unsittlicher“ Badeanzüge unseren Lesern vorgeführt. Wir bitten, beim Betrachten der unteren Reihe vorsichtshalber aus „Sittlichkeitsgründen“ die Augen zu schließen, und nur durch einen kleinen Spalt zu blicken.

Öffentliche Versammlungen der SAP

Freitag, den 28. Oktober 1932, 20 Uhr, in der Kindl-Brauerei, Hermannstraße. Referent: Dr. Fritz Lowy.

Dienstag, den 1. November 1932, 19 1/2 Uhr, im Lokal „Einigkeit“, Wippertstraße, Ecke Kirchhofstraße. Referent: Erna Halbe.

Donnerstag, den 3. November 1932, 20 Uhr, in Ledigenheim, Pappel-Allee.

Freitag, den 4. November 1932, 20 Uhr, in den Musiker-Postkälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31. Thema: „Hohenzollern-Monarchie oder Arbeiter-Regierung?“

Spart der Berliner Magistrat?

Ja, spart er wirklich? Man sollte meinen ja, man soll aber wissen, nein. Es ist unglaublich, und doch ist es wahr. Der Berliner Magistrat, der seinen Arbeitern, Angestellten und Beamten x-Prozente von Abzügen gemacht hat, der seinen Angestellten und Beamten das Geld in Dritteln auszahlt, dieser selbe Magistrat leistet sich folgendes: Bekanntlich geht es bei Behörden nicht ohne Formulare. Diese Formulare werden von Zeit zu Zeit geändert. Sie werden nicht etwa geändert, wenn es sich um Aenderung der Staatsform handelt, denn dann streicht man nämlich das „königliche“ einfach (nebenbei, es soll sogar heute noch, wenn auch nicht gerade beim Berliner Magistrat, solche „königlichen“ Formulare geben). Aber wenn nach Ansicht der Sachbearbeiter auch nur ein Wort nicht mehr ganz sachgemäß ist, dann wird nicht etwa dieses Wort gestrichen, sondern die in der Herstellung oft recht teuren Vordrucke werden zur sogenannten Makulatur herabgewürdigt, d. h. Schmirpapier und neue Vordrucke werden hergestellt, so spart der Berliner Magistrat.

Wohlfahrtsämter fördern Denunziantentum

Von einem Berliner Wohlfahrtspfleger wird uns geschrieben:

Zu welchen infamen Methoden die in Berlin zumeist noch unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Wohlfahrtsämter greifen, um die Unterstützungen herabzudrücken oder ganz einzusparen, zeigt ein Fall, den ich in der letzten Wohlfahrtskommissionssitzung erlebte. Aus dem Bericht eines anderen Pflegers ersah ich, daß auf Grund einer anonymen Diskussion eine Nachprüfung vorgenommen wurde. Auf meine empörte Frage, ob denn Schreiben solcher Lumpen, die einen armen Teufel denunzieren und nicht einmal den Mut haben, für ihre zumeist falschen und niedrigsten Rachsucht entspringenden Beschuldigungen mit ihrem Namen einzustehen, überhaupt besichtigt würden, wurde von dem anwesenden Sachbearbeiter erklärt, daß das sehr wohl geschähe. Es sei meistens doch etwas daran wahr, und darum müßte das Amt auch den Angaben solcher Briefe nachgehen.

Im Volksmund gilt noch immer das Wort: „Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant.“ Die viel gerühmte Berliner Wohlfahrtspflege aber fördert das Lumpentum und gibt neidischen und mißgunstigen Subjekten, die einem armen Teufel die paar Hungerpfennige nicht gönnen, Gelegenheit, ihre niedrigen Rachestünke zu befriedigen.

„Schließt fester die Reihen!“

heißt das Motto, unter dem die Freie Sportvereinigung Fichte e. V., Mitglied des ATSB, ihre Zweifahrfeier abwickelt.

Die Veranstaltung, die am Sonnabend, den 29. Oktober, pünktlich 8 Uhr abends, in der „Schlaraffia“, Enkestraße 4, steigt, wird den Gegensatz aufzeigen zwischen bürgerlichem und Arbeiter-Sport. Sportliche sowie kabarettistische Darbietungen werden diesen Gegensatz aufzeigen.

Anschließend an die Vorführungen Tanz. Die Eintrittspreise betragen für Vollarbeiter 80 Pfg., für Erwerbslose 40 Pfg.

Fahrtverbindungen: Straßenbahn Linie 9 — 66 — 99 — 96 — 73 und 199; U-Bahn: Hallesches Tor oder Kochstraße.

Schluß mit dieser „Besonnenheit“

Von einem Leser des „Volksfunk“ wird uns geschrieben:

Von Mal zu Mal mehrten sich die Klagen der Rundfunkhörer, die mit den jetzt vorhandenen Programmen der verschiedenen Sender nicht einverstanden sind und die einen allgemeinen Hörerstreik verlangen. Der „Volksfunk“, das Organ des unter sozialdemokratischer Führung stehenden Arbeiter-Radio-Bundes, selbst teilt mit, daß er nicht alle Einsendungen veröffentlichen kann und mahnt zur „Besonnenheit“. In der neuesten Nummer wird nun mitgeteilt, daß bereits über 49.000 Hörer abbestellt hätten, weil ihnen das Programm nicht mehr zusagt. Die Zeitung aber mahnt weiter zur Besonnenheit.

Zum Teufel mit dieser Besonnenheit, die die Arbeiterschaft 1914 in den Weltkrieg gerissen hat, diese Besonnenheit, die das deutsche Proletariat 1918 der Revolution entrisen hat, die am 20. Juli 1932 die deutsche Arbeiterschaft zu einem Stillhalte-Konsortium gemacht hat. Wir haben endlich genug davon.

1 Jahr SSB

Der SSB Schöneberg-Friedenau veranstaltet am Sonnabend, den 29. Oktober 1932, abends 20 Uhr, im Piccadilly, Schöneberg, Ebersstraße 80, eine Feier: 1 Jahr SSB. Karten sind zu haben im Sekretariat und bei den SSB-Genossen. Eintritt 60 Pfg. — Erwerbslose 30 Pfg.

Diese Besonnenheit, die uns an den Rand des Abgrundes gebracht hat und, wenn nicht endlich einmal Schluß damit gemacht wird, uns besonnen in den Abgrund gleiten lassen wird. Warum antworten wir nicht mit der gleichen Waffe, mit der man uns schlägt.

Warum geben wir, haben wir es doch in der Hand, nicht auch Stockschläge auf den

Magen, 49.000 streiken schon, ohne daß eine Aufforderung erfolgt ist.

500.000 können es mit Leichtigkeit werden, wenn aufgefordert wird.

500.000 streikende Rundfunkhörer, das bedeutet 1 Million weniger Einnahme im Monat, in 3 Monaten 3 Millionen weniger Einnahmen und die Herren vom Rundfunk werden wissen, was die Glocke geschlagen hat.

Die SPD hat es durch ihre „Besonnenheit“ fertig gebracht, daß die Reaktion so nach und nach alles aus dem Rundfunk entfernen konnte, was nach links gerichtet war oder nur den Ansehens hatte. Es gilt, alle Mittel zur Erämpfung eines besseren Rundfunkprogramms einzusetzen, das nicht wie jetzt durchsucht ist von Chauvinismus und rassistischem Größenwahn, bei dem man nicht mit einem Marsch erwacht, mit einem Marsch Mittag ißt, mit einem Marsch schlafen geht, bei dem das, was da zwischendurch geboten wird, noch unter diesen Märschen liegt.

Der Hörerstreik wäre ein Streik, der der Arbeiterschaft nichts weiter kostet, als ein bißchen Ueberwindung, denn wir haben ja jahrelang ohne Rundfunk gelebt und das müßte es jetzt auch einmal ein paar Monate gehen. Kein Bruch könnte ihn verbieten, keine Notverordnung verhindern, aber auch er könnte nur mit Erfolg geführt werden, wenn sich alle Arbeiterorganisationen daran beteiligen, ganz gleich, ob es sich hier um Rundfunkorganisationen handelt oder um solche anderen Charakters. Wir wollen Schluß machen mit dieser Art von Besonnenheit, die nur immer zur Ruhe und Ordnung mahnt und dann immer zwingt, ein Loch weiter zuzustechen, bis nichts mehr zum Aufgeben da ist, mit dieser falschen Besonnenheit wollen wir Schluß machen und wollen endlich einmal wieder anfangen zu kämpfen, und das auf einem Gebiet, auf dem der Erfolg uns sicher ist.

Ultralinke Helfer der Rundfunk-Reaktion

Die ultralinke Politik der KPD und der mit ihr verbundenen Organisationen treibt immer tollere Blüten. Die im Rundfunk herrschende Reaktion ist drauf und dran auch die letzten fortschrittlichen Kräfte aus dem Rundfunk auszuschalten. Besonders scharf richten sich diese Schikanen gegen alle, die auch nur im Verdacht kommunistischer Gesinnung stehen. Die KPD hätte also alles Interesse daran, dafür zu sorgen, daß ihr Kampf gegen die Ausschaltung kommunistischer Redner von breiten Arbeitermassen unterstützt wird. Das kann natürlich nur geschehen, wenn eine breite Bewegung gegen die Ausschaltung der Arbeiterorganisationen überhaupt entsteht. Die KPD sorgt aber durch ihre Politik dafür, daß die Protestbewegung möglichst geschwächt wird. Das zeigt besonders kraß eine Gründungs-Versammlung des „Freies Radio-Bundes“ im Prenzlauer Berg.

Der Referent wies in seinem Referat darauf hin, daß nicht nur die Sprecher der KPD vom Mikrofon ferngehalten werden, sondern auch die Vertreter der reformmystischen Organisationen, die doch gewiß nicht gegen den Stachel läben würden. Aus dieser richtigen Feststellung wurden aber praktisch keine Konsequenzen gezogen. In der Versammlung wurden Unterschriften gesammelt, in denen

die Freigabe des Mikrophons für kommunistische Redner gefordert

wurde. Eine SAP-Genossin schlug in der Diskussion vor, die Worte für „kommunistische Redner“ zu ersetzen durch die Forderung: „für die Arbeiterorganisationen“. Mit dieser Formulierung wäre es möglich, nicht nur in der KPD und den ihr nahestehenden Organisationen Unterschriften zu sammeln, sondern überall, wo Arbeiter sind, um so eine breite Basis zu schaffen, die notwendig ist für eine Aktion.

Darauf antwortete der Referent, daß die Genossin das Abzeichen der SAP trage, die seit ihrer Gründung der KPD Spaltung der Gewerkschaften und Kulturorganisationen vorwerfe, wie auch die Abhängigkeit von Moskau. Die Genossin denke wohl daran, daß auch Vertreter der SAP im Rundfunk sprechen wollten. Der Freie Radio-Bund aber sei stolz, unter Führung der KPD zu kämpfen. Darum könne an der Formulierung nichts

geändert werden. Unsere Genossin stellte darauf die Schließheit des Referenten richtig und wies auf Lenins Taktik in der russischen Revolution hin. Sie wurde daraufhin von einem KPD-Funktionär dahin „aufgeklärt“, daß Sozialismus nur ein Uebergang zum Kommunismus sei, und daß Lenin niemals mit dem Menschewiki zusammengegangen sei. Daraus schloß er, daß

das Mikrofon nur für kommunistische Redner

freigegeben werden soll. Nachdem es dann noch eine längere Diskussion über die Frage der RGO gab, wurde die Versammlung wegen der vorgerückten Zeit abgebrochen. Der Verlauf der Versammlung zeigt, daß wieder einmal ein Aktiönchen verpuffen wird.

Was will die SAP?

Prinzipienerklärung und Aktionsprogramm mit einem Vorwort von Paul Frölich. Umfang 32 Seiten zu 10 Pfennig pro Stück.

Ist soeben erschienen. Die Auslieferung der eingegangenen Bestellungen erfolgte am Freitag. Soweit noch nicht auf Postcheck bezahlt worden ist, erfolgte die

Zustellung per Nachnahme.

Wir machen alle Besteller darauf aufmerksam, damit keine Verzögerung beim Empfang eintritt. Die Broschüre kostet den Ortsgruppen oder Bezirken 7 Pfg. Bei 100 Stück 6 1/2 Pfg., bei 250 Stück 6 Pfg. und bei 500 Stück 5 1/2 Pfg. Auslieferung erfolgt nur nach vorheriger Bezahlung auf unser Postcheck-Konto Georg Pandure, Berlin N 65, Nr. 38428, Postcheckamt Berlin, oder per Nachnahme. — Die Broschüre ist eine gute Unterstützung in unserem Reichstagswahlkampf.



SAP

Versammlungskalender

Bezirksverband Berlin-Brandenburg Juristische Sprechstunde jeden Donnerstag von 17—19 Uhr im Sekretariat, Magazinstr. 12a.

Wochenendkursus Sonntag, den 30. Oktober, vormittag um 9 Uhr im Lokal Hucak, Weißensee, Berliner Allee 193, Ecke Falkenbergstr. Referent: Mischa Pupko. Fahrverbindung: Autobus 14 — Straßensbahn 60, 62, 63.

Alle Gewerkschaftsobleute, Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre treffen sich am Dienstag, den 25. Oktober, um 19 Uhr im Sekretariat, Magazinstr. 12a.

Sitzung aller im Gesamtverband organisierten Genossen um 19.30 Uhr am Donnerstag, den 27. Oktober, im Sekretariat, Magazinstr. 12a.

Funktionärsehrungskursus Freitag, den 28. Oktober, um 20 Uhr im Sekretariat, Magazinstr. 12a. Ref. „Die russischen Revolutionen“.

Versammlung des IHV in den Bürgervälen, Neukölln, Bergstr. 142; Ref.: Kurt Rosenfeld. Thema: „Gegen Faschismus, Sondergericht und Presseverbote — für überparteiliche Klassenolidarität“.

Mitteilungen der Ortsgruppen

Ortsgruppe Mitte: Mitgliederversammlung am 26. Oktober um 20 Uhr bei Regel, Ackerstr. 1, Ecke Lintenstr.

Ortsgruppe Tempelhof: Mittwoch, den 26. Oktober, um 20 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Renner, Mariendorf, Dorfstr., Ecke Mariensfelder Str. Ref.: Max Kohler: „Die Krise des Kapitalismus und die Aufgabe der Arbeiterklasse“.

Ortsgruppe Charlottenburg: Mittwoch, den 26. Oktober, 20 Uhr, Mitgliederversammlung.

Ortsgruppe Schöneberg: Mittwoch, den 26. Oktober, 20 Uhr, Mitgliederversammlung.

Ortsgruppe Neukölln: Sonntag, den 23. Oktober, allgemeine Zeitungswerkaktion. Die Genossen aller Abteilungen treffen sich vormittag 9 Uhr im Jugendheim.

Gewerkschaftstag

am Dienstag, den 1. November 1932, um 19.30 Uhr, im Lokal Schultz, Elisabethstraße 30. — Alle Genossen müssen erscheinen.

Mittwoch, den 24. Oktober Handzettelverbreitung für unsere öffentliche Versammlung in der Kindl-Brauerei. Treffpunkt 17 Uhr im Heim, Rosenstr. 12/13.

Sonntag, den 30. Oktober Handzettelverbreitung für die öffentliche Versammlung im Lokal Einigkeit. Treffpunkt 9 Uhr früh im Heim, Rosenstr. 12/13.

Dienstag, den 1. November Öffentliche Versammlung im Lokal Einigkeit, Wippertstraße, Ecke Kirchhofstr. Ref.: Gen. Erna Halbe. Beginn 19.30 Uhr.

IHV, Ortsgruppe Prenzlauer Berg: Rechtsanwalt Dr. Litten spricht Donnerstag, den 27. Oktober, abends 20 Uhr, im Lokal von Ruhe, Metzger Str. 26, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Wie verhält sich der Arbeiter vor Gericht?“

SJV Groß-Berlin

Montag, den 24. Oktober: Referentenschule um 20 Uhr, „Strategie und Taktik des proletarischen Klassenkampfes“. Jede Gruppe entsendet einen Vertreter.

Dienstag, den 28. Oktober: Gewerkschaftsmassenschau um 18 Uhr, um 20 Uhr gemeinsame Sitzung mit der Partei.

Donnerstag, den 27. Oktober: EBL-Sitzung um 19 Uhr.

Freitag, den 28. Oktober: Unterbezirk Prenzlauer Berg: Gruppenabend im Heim Schönlander Str. Thema: „Die Gewerkschaften im Klassenkampf“. Flugblätter müssen von den Gruppen umgehend abgeholt werden.

Berlin

Rose-Theater Große Frankfurter Str. 132 Telefon: B 7 Weichs 2422

Sonntag, 23. Oktober 8.15 Uhr

Der Hauptmann von Köpenick

Fritz Sternberg

Der Niedergang des deutschen Kapitalismus und die Aufgaben der Arbeiterklasse

Vorzugspreis 4.50 statt 7.50

Stettin

Felnbäckerei und Konditorei Gustav Tillack Stettin, Grenzstraße 19 Täglich frische Backwaren jeder Art

„Der Niedergang des deutschen Kapitalismus“

von Fritz Sternberg, Ladenpreis 9 Mark

Genossen und Genossinnen der SAP erhalten nach wie vor das Werk für 4.50 Mark. Niemand versäume diese günstige Kaufgelegenheit. Bestellungen an die Expedition der SAZ, Kleine Holzstraße 3.

Öffentliche Versammlung

der SAP am Mittwoch, den 26. Oktober 1932, um 20 Uhr, in den Pharus-Sälen, Müllerstraße 142.

Thema: „Hohenzollern-Monarchie oder Arbeiter-Regierung?“ Referent: Kurt Rosenfeld.

„Für Parzellen nur . . .“

Wer hat nicht schon in bürgerlichen Zeitungen oder an Anschlagstulen Ankündigungen von Parzellenverkäufen gelesen? „Für Parzellen nur . . .“ „Nur eine . . . Parzelle!“ usw. Die Siedlungsgesellschaften lassen es sich was kosten, um Interessenten zu den Siedlungen zu locken. Mit Preisfahrtsomnibusen fahren sie von irgendeinem Vorortbahnhof, manchmal aber auch vom Innern der Stadt, zu den Parzellen. Man führt den Buschlepp, sich die Parzellen anzusehen. Der Omnibus durchfährt verschiedene Dörfer. Nach einer Rundfahrt durch das Gelände, „Meine Herrschaften, hier gehen Sie das Siedlung und hier kommt das Seebad her.“ Man ist angelockt.

Die Angekommenen sind noch nicht ganz ausgetreten und schon werden sie von den Vertretern der Siedlungsgesellschaft empfangen. Eine kleine Balalaikakapelle, manchmal auch nur ein Grammophon, lassen ihre Weisen erklingen. Große Pläne zeigen die Lage des Geländes; die bereits verkauften Parzellen sind markiert. Es sind angeblich nur noch wenige Parzellen frei. Nachdem die Lage des Gebietes erklärt worden ist, gehen die Verkäufer mit den Interessenten zu den einzelnen Parzellen; wahre „Juwele“ sind diese nach den Angaben der Verkäufer. Wenn man die Anpreisungen hört, wundert man sich, daß nicht schon längst alles verkauft ist. Im Augenblick sieht zwar noch alles sehr wüst aus. Man muß durch Sandwege pilgern. Es gibt keine Wasser- und Lichtleitung. Das sei alles nicht so schlimm, denn das wird bald in Angriff genommen, sagt der Vertreter, bloß ein verschweigt er, daß man das den ersten Käufern schon vor Jahren gesagt hat. Die Straßennamen täuschen etwas vor, was es gar nicht gibt: Kurparkring, Seckorso, Strandpromenade, Großes Panorama. Wenn nun sich nicht gleich zum Kauf entschließen kann, versucht der Vertreter mit süßen Worten klar zu machen, daß man sein Glück verschere, wenn man nicht gleich kauft, denn es könne nicht garantiert werden, daß die Parzelle noch nächsten Sonntag, ja, daß sie noch in den nächsten Stunden da sei. Man ist sogar bereit, an einem Wochenende zu verhandeln. Hat jemand einen Kauf abgeschlossen, dann erhält er entweder Kaffee und Kuchen oder Mittagessen gratis.

Wie sieht nun die Wirklichkeit aus? Es gibt sehr wenige öffentliche Brunnen. Züge zur Stadt verkehren in unzureichendem Maße. Der Weg zum Bahnhof dauert eine halbe Stunde. Die billigste Parzelle, welche ungefähr 1000 Quadratmeter groß ist, kostet auf Ratenzahlung 950 RM, die monatliche Rate beträgt 9,50 RM. Viele werden glauben, das sei erschwinglich und die Verkäufer wollen einen sogar glaubhaft machen, daß man sogar als Arbeitsloser in der Lage wäre, diese

Raten zu zahlen, aber sie verschweigen, daß die weiteren entstehenden Kosten die Parzellenkosten erheblich übersteigen. Im Gegenteil, es wird versucht, die Mehrkosten zu bagatelisieren. Wenn nun nun infolge der im allgemeinen entstehenden Unkosten mit der Ratenzahlung in Verzug gerät, wird man von der Parzelle gefügt; alle bisherigen Mühen und Ausgaben wären dann vollkommen umsonst.

Wir sehen nun die übrigen Kosten an? Ein Zaun kostet etwa 250 RM, das beschleunigste Hütchen etwa 1500 RM, Pflasterungskosten etwa 600 RM, Brunnenkosten pro Meter etwa 5 RM. Es kann vorkommen, daß man mit Tiefen bis zu 20 Meter zu rechnen hat. Die Ausgaben sind nun noch nicht erschöpft; es kommen noch die verschiedensten Arten von Steuern hinzu, Fahrgelder usw. Schließlich will man doch noch etwas anpflanzen, man braucht Bäume, Pflanzen, Saat und Dünger, sogar viel Dünger, denn der Boden ist reinster märkischer Sand; Bäume müssen gerodet werden. Kurz gesagt: Es ist eine Angelegenheit für Leute, die viel Geld haben müssen.

Was wird über den Zweck der Siedlungen in dem Heft „Die Stadtrandssiedlung“, herausgegeben von Schrobsdorff, gesagt?

„Ich möchte in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt lassen, daß auch im Landesverteidigungsinteresse, bei zukünftigen kriegerischen Verwicklungen, deren Möglichkeit doch leider nicht ausgeschlossen ist, eine weiträumige Bebauung zur Vermeidung der erheblichen Gefahren bei Gas- und Bombenangriffen aus der Luft erforderlich erscheint.“

Im Gegensatz dazu ist die klassenbewußte Arbeiterschaft der Auffassung, daß Kriege vermeidbar sind; sollte dies aber nicht möglich sein, dann ist es egal, ob man seine vergasteten Lungen in der Stadt oder in der Siedlung auskocht. Weiter:

„Aber alle diese Vorteile (gemeint sind die Erträge aus der Parzelle) könnten nicht ausschlaggebend sein, wenn die Kosten für den Bau des Eigenheims so hoch wären, daß der wirtschaftlich Schwache sie einfach nicht tragen könnte. Bei der Beurteilung dieser Frage begehnen die meisten Menschen erhebliche Denkfehler. Sie vergessen nämlich vollkommen, daß durch die augenblicklich in Deutschland eingeführte Wohnungszwangsbewirtschaftung die Mieten in den Altwohnungen auf ein Niveau heruntergedrückt sind, das wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen ist (weil auch aus sozialen Gründen vielleicht für eine Uebergangszeit diese künstliche Mietsbeschränkung gerechtfertigt war).“

Um die hohen entstehenden Kosten der Siedlung günstiger erscheinen zu lassen, stellt

man die unerschwinglichen Mieten als zu niedrig hin.

„Das eigene Heim ist die Sparbüchse auch des kleinsten Mannes.“

„Grußedelt wird für uns nur in und mit einem kleinen Landhaus: einem Heim, wo Glück und Zufriedenheit Dauermieter sind, wo Liebe zur Scholle und Arbeitsfreudigkeit vorherrscht, . . . wo Vater oder Mutter oder Kinder ihren ganzen Stolz darin setzen, den schönsten Apfel, den größten Kohlkopf . . . gezeichnet zu haben.“

Also weg mit der Politik, Abkehr vom Klassenkampf. Schon Engels sagt in „Zur Wohnungsfrage“:

„Verschafft ihnen (den Arbeitern) eigene Häuser, kettet sie wieder an die Scholle, und ihr brecht ihre Widerstandskraft gegen die Lohnherabdrückung der Fabrikanten.“ (Bericht schon einmal in einem anderen Artikel zitiert. Anm. der Red.)

Unter der Devise: „Klein, aber mein“ hat man an die egoistischen Gefühle der Menschen, die durch den Kapitalismus bedingt sind, appelliert.

Viele wünschen den Augenblick, wo sie die Parzelle gekauft haben, denn wo sie mit vielen Hoffnungen den Grundstein zu einem Häuschen gelegt haben, kündet nur allzu oft eine Tafel: „Diese Parzelle ist billig zu verkaufen. Zu erforschen bei . . .“

So sieht häufig das Ende einer kühn begonnenen Traumwelt vom eigenen Heim auf eigener Scholle aus. Die einzigen wahrhaft Zufriedenen sind die Grundstücksmakler, die sich von dem Gelde, welches die Siedler oft sehr mühsam zusammengedrückt haben, schöne Paläste bauen. Die jetzigen Wohnungsverhältnisse, die viele Menschen zwingen, in dunklen Wohnlöhnen zu hausen, leisten diesen Siedlungsgesellschaften Vorschub. - ow.

ORGANISATIONEN NACHRICHTEN

SAP

Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3, Telefon 567 68

Distrikt 1/3: Helm Seydlitzstraße. Redner: Ammon.
 Distrikt 30: Nickel, Opitzstraße 84. Ref.: Kirstein.
 Distrikt 9, 41, 47: bei Kipke, Frankfurter Straße 174. Redner: Eckstein.
 Distrikt 48: Heut, 20 Uhr, bei Krause, Carlowitzer Straße.

Distrikt 52: Heute, 20 Uhr, bei Kutsche, Trachtenberger Straße. Referent Reutich.
 Montag, 24. Oktober, 20 Uhr finden folgende Versammlungen statt:
 Abt. Ohlauer Tor: Frauenversammlung „Zur Eisenbahn“, Brüderstraße. Referent: Genosse Sacler.
 Abt. Streblener Tor: Heim Merkelstraße
 Stadtiell Nord:
 Sonntag, früh 9 Uhr alle Radfahrer Weifenburger Platz.
 Dienstag, Distriktsführer und Frauenleiter, 20 Uhr bei Kienner.

SAZ Sekretariat: Kleine Holzstr. 3
 Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr

Sonntag sind folgende Heimveranstaltungen:
 Heim 2: Marthastraße 11, Heimbild.
 Heim 4: Seydlitzstraße 1, Proletarische Spiele.
 Heim 5: Treffpunkt früh um 7 Uhr, am Westpark, es geht auf wilde Tour!
 Heim 7: Merkelstraße 2, „Weltensystem“ Lichtbilder.
 Heim 8: Es geht Sonntag früh auf Fahrt!

An alle Jungarbeiter!
 Wir fordern Euch auf, Euch mit allen Mitteln gegen eine Hinzuwanderung in militärische Lager zu wehren! Um die genauen Pläne der Reaktion und deren Folgen für die proletarische Jugend zu erkennen, veranstaltet die Aktionsgemeinschaft unter dem Thema: Kampf dem Kasernenho- und dem Arbeitszwangslager, gegen die Militarisierungspläne Schleichers, eine öffentliche Versammlung in der Monistischen Gemeinde, Grünstr. 14, Jungarbeiter. Es geht um Eure Zukunft, nehmt teil an den Aktionen der revolutionären Jugend, beteilige Euch in Massen an dieser Versammlung!

Die Aktionsgemeinschaft der prol. Jugend Breslau.
 Monistische Jugend (Zentral): Achtung, Sonntag Hausverbung! Alle Mitglieder sind um 8 Uhr zum Abholen des Materials im Heim Grünstr. Sonntag 17.30 Uhr, beteiligen wir uns alle an der „Waldorf-Gedächtnisfeier“ im Saale der Monistischen Gemeinde, Grünstr. 14.

Freidenkerjugend Gruppe Nord: Sonntag, 2 Uhr treffen wir uns bei schönem Wetter am Rundell Freiheitstr. zu einem Spaziergang.
 Montag, 24. Oktober, 20 Uhr, sind alle bei der im Saale der Monistischen Gemeinde, Grünstr. 14, stattfindenden Jugendversammlung. Thema: „Kampf dem Kasernenho- und Arbeitslager“

Gewerkschaftsnachrichten

Einheitsverband der Eisenbahner:
 Dienstag, 25. Oktober, 19.10 Uhr, Zimmer 7/8, Gewerkschaftshaus, Vollversammlung der Funktionäre. Tagesordnung außerordentlich wichtig. Ausweiskarte und Mitgliedsluch berechtigen zum Eintritt. Die Ortsverwaltung.

Geschäftliches

Heute Schirdewan-Korn gratis! In den Schirdewan-Gaststätten werden heute abend € 200 Glas Gratis-Kornproben verabfolgt. Es gilt die Frage zu beantworten: „Wer hat den besten Breslauer Korn?“

STADTTHEATER

4. Kongress, 20—22.10.23 in vollständiger Notizverteilung

Elektra

Sonntag, 15.30—18 (Ermäßigte Preise)

Alessandro Stradella

19.30—23

Der Teufelsreiter

Montag, 19.30—23

Der Teufelsreiter

LOBETHEATER

Täglich 20.15—22.45

Die endlose Straße

Sonntag, 15.30—17.35

Spiel im Schloß

Täglich 20.15—22.45

Melba Schwester und ich

Sonntag, 15.30—17.45

Die versunkene Glocke

Besondere Gelegenheit!

Gr. Schreibblock, kariert, 100 Blatt 37 Pf.
 100 Geschäftsmuschläge, dazu pass. 17 Pf.
 200 gr. Krappraviolen, weiß geackert 59 Pf.
 100 Postkarten 22 Pf.
 150 Quittungen zum Durchschreiben, geblockt 23 Pf.
 100 Paketaadressen, gelb 35 Pf.
 100 Zahlkarten 25 Pf.
 100 Frachtriefen 1,25 M.
 100 Kollanahänger 80 Pf.
 100 Blatt starke Auftragsbücher . . . 18 Pf.
 1000 Blatt Durchschlagpost 30 Pf.
 5 Briefordner mit Schlüssel 35 Pf.
 5 Briefordner mit Kartenschutz 3,25 M.
 Kontobücher, 192 Seiten stark, Stöck Foliobücher, 384 Seiten stark, Formst. 33 x 21 cm, Molesk.-Ecken, Stöck 2,50 M.
 Spaltenbücher, 2 Buch stark, Stöck 1,25 M.
 Amerik. Kassen, 2 Buch stark, Stöck 1,50 M.
 Amerik. Journale, 10 u. 12 Spalt., Stöck 2,75 M.
 100 Visitenkarten mit Namen 1,25 M.
 10 Geburtstagskarten, sortiert 15 Pf.
 32 Blatt Deutsche Skatkarten 50 Pf.
 Fotoalben, Stoff, in modern. Mustern Stöck 95, 75, 38 Pf.
 Füllfederhalter mit 14 Karat. Goldfeder per Stück 2,75, 2,25, 1,25 M.

J. Lissner

nur Nikolaistraße 10/11

Städt. Handelsschulen in Breslau

Wahlfreie Abendkurse Dauer 5 Monate

17—21 1/2 Uhr

Handelskundliche Belehrungen, Handelskorrespondenz, Buchführung (auch Durchschreibemeth.) und kaufm. Rechnen für Anfänger und Fortgeschr. Fremdsprachen für Anfänger und Fortgeschr., für letztere Handelskorrespondenz.
 Deutsch, Kunst- und Plakatschrift, Stenographie und Maschineschreiben (Zehnfinger-Blindschreib-Methode) für Anfänger und Fortgeschr.
 Ausbildung in der Handhabung von modernen Büromaschinen. Teilnehmergebühr mon. 5.— RM. für jedes Fach. Beginn der Kurse am Dienstag, den 1. November.
 In Stenographie und Maschineschreiben auf vielfachen Wunsch auch Vierteljahreskurse.
 Uebersichtspläne, Auskünfte und Anmeldungen bei dem Direktor, Vorwerkstr. 36/38, 1. Stock, Der Magistrat.

Breslau badet sich gesund im Maurifus-Bad

Klosterstraße 50, gegenüb. Brüderkloster

Wannenbäder und sämtliche med. Bäder zu billigsten Preisen.
 Erwerblose erhalten besondere Ermäßigung!
 Annahme sämtlicher Krankenkassen

*Aia. oberschl. Kohle, Koks, Briketts, Holz *
 Kohlenhandlung M. Philipp, Matthlasstr. 114, neben d. Metallwarenfabrik

Die Einäscherung dessen, was die Fluten der Oder an unserer lieben

Gustel

nicht zerstört haben, findet am Dienstag, den 25. 10. um 14 Uhr im Krematorium Gräbschen statt.

Dies zeigt an:
Robert u. Marie Köhlich
 nebst Kindern

Die Einäscherung unserer Genossen

Gustel Köhlich

findet am Dienstag, den 25. 10., um 14 Uhr im Krematorium Gräbschen statt

Wir werden ihr, die auf solch tragische Weise von uns scheiden mußte, stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Breslau, den 22. Oktober 1932.

Sozialistische Arbeiter-Partei

Ortsgruppe Breslau

Montag, 31. Oktober, 20 Uhr

2. Volks-Symphonie-Konzert der Schlesischen Philharmonie

Dir.: Hermann Lehr / Sol.: Stefan Frenkel (Violine) Beethoven, Frenkel, Langer, Weber

Karten in der Geschäftsstelle der Schles. Philharmonie (Stadttheater)

Monistische Gemeinde E. V. - Breslau

Grünstraße 14/16.

Ortsgruppe des Volksbundes für Geistesfreiheit

Sonntag, den 23. Oktober 1932, 17 1/2 Uhr

Gedächtnisfeier im Saale Grünstr. 14/16

Eugen Wolfsohn zum 10 jährigen Todestage

Eintritt 20 Pfg. Erwerblose 10 Pfg.

Genossen!

Kauft nur im

„Fahrradhaus Sieg“

Neumarkt 19 (Kinosette)

Sieg ist das leistungsfähigste Haus Breslaus

Reparatur und Gewerkschaftler 5%, Sonderrabatt!

Ihro Stoff verarbeitete wir als

anzug oder mantel

gutsitzend auf maß für 28,- 22,- 16,- rm.

D. K. V. nikolaistraße 10/11

5. haus vom königsplatz nach dem bürgerwerder

Ofen

ORIG. „MUSGRAVES“ UND „GERMANEN“

Peter & Olowinsky

BRESLAU, HERRENSTRASSE 31

Achtung Parteigenossen! Achtung Arbeiterkern!

Für die Einrichtung zweier Kinderfreundehäuser im Nikolaitor und Pöpelwitz benötigen wir eine Reihe von Sachen zur Inneneinrichtung wie

Tische, Stühle, Scherme, Schränke, Beleuchtungskörper, Regale, Ofen, Abreiter, Platten, Böcke usw.

Reparaturbedürftiges Material wird von uns instandgesetzt

Meldungen zwecks Abholung an die Geschäftsleitung der Zeitung Kleine Holzstraße 3 erbeten

Alle Sachen werden dankend entgegengenommen. Wir hoffen auf solid. Unterstützung

Arbeiter-Kinderfreunde Breslau

Geschäftsstelle Seydlitzstraße 1

Stammhaus der Brauerei C. Kipke

Leh. Leo Ulmer - Tel. 61862
 Friedrich-Wilhelm-Straße 6

„Bürgergarten“ Oswitz

Im Saale im Garten

Jeden Sonntag Tanz
 Freikonzert und Freitanz
 Eigene Fleischerei und Wurstfabrik

WALTER FABIAN

Wir wollen Kämpfer sein!

Ein Sprechchor für Arbeitersportler

Anfragen über Aufführungsrechte sind an den Verlag der SAZ, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3, zu richten

In den „Jägerhof“

Gräbschener Straße 181/183
 Anesehanke der guten Engelhardtbiere
 „Gesellschaftsheim Gräbschen“, früher Hopf & Goette
 in. Fritz Schwinitzky
 Sonntag TANZ

Postkarte Kipke Bier Vorzügl. Speisen Vereinen best. ausfahr

Fleischerei und Wurstfabrik Hermann Kipke

Frankfurter Straße Nr. 174

Gaststätte

Angenehmer Familienaufenthalt

weltkrieg droht!

was ist zu tun?

darüber gibt auskunft die hervorragende broschüre von walter pöppel

erhältlich im parteibüro und bei allen funktionären

preis 5 pfg.